



DNR
DEUTSCHER
NATURSCHUTZRING



JAHRESBERICHT 2019

DACHVERBAND DER DEUTSCHEN NATUR-, TIER-
UND UMWELTSCHUTZORGANISATIONEN e.V.

INHALT

VON DER EUROPAWAHL ÜBER DAS KLIMAPAKET BIS ZUM INSEKTENSCHUTZ	SEITE 3
IM FOKUS AGRAR-, NATUR- UND TIERSCHUTZPOLITIK	SEITE 6
IM FOKUS POLITIK UND GESELLSCHAFT	SEITE 11
IM FOKUS EU-KOORDINATION	SEITE 15
IM FOKUS KOMMUNIKATION UND PRESSESTELLE	SEITE 20
DAS PRÄSIDIUM „KURZ GESAGT“	SEITE 24
IM FOKUS VERNETZUNG UND VERBANDSARBEIT	SEITE 33
DNR-TRÄGERSCHAFT FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG	SEITE 38
DNR-TRÄGERSCHAFT KAMPAGNE MEINE LANDWIRTSCHAFT	SEITE 45
NEUE MITGLIEDER	SEITE 49
STRUKTUREN & ZAHLEN	SEITE 58
MITGLIEDSCHAFTEN UND GREMIEN	SEITE 62
IMPRESSUM	SEITE 65
LEITBILD	SEITE 66
MITGLIEDER	SEITE 67

VON DER EUROPAWAHL ÜBER DAS KLIMAPAKET BIS ZUM INSEKTENSCHUTZ

2019 war ein äußerst ereignisreiches und anspruchsvolles Jahr für die Verbände im Natur-, Tier- und Umweltschutz, denn unsere Themen waren allgegenwärtig in der öffentlichen Debatte. Ob Diskussionen um Fleischsteuer, Flugscham, CO₂-Preis, Insektensterben, Umbau der Tierhaltung oder Klimaneutralität – aus Politik und Gesellschaft kamen ständig neue Initiativen und Impulse für ein entschiedeneres Handeln. Zugleich standen auf EU-Ebene mit den Wahlen zum Europäischen Parlament, dem Arbeitsprogramm der neuen EU-Kommission sowie den Verhandlungen über die künftige Agrarpolitik und den EU-Finanzrahmen grundlegende Weichenstellungen an. Die öffentliche Fokussierung auf Klima- und Umweltthemen brachte enorme Chancen für die Umweltbewegung mit sich, war aber auch mit einer großen Verantwortung gerade für einen Dachverband wie den Deutschen Naturschutzring (DNR) verbunden. Denn einerseits sollte sich niemand von einer reinen Bekenntniskampagne blenden lassen, die statt konkreter Maßnahmen langfristige Ziele verkündet. Andererseits ist es in dieser Situation besonders wichtig, dass die Verbände möglichst geschlossen agieren und sich nicht zwischen verschiedenen Positionen aufreiben. Daher kam dem DNR mit einer sachlichen und qualifizierten Koordinationsaufgabe eine besonders herausfordernde Aufgabe und Verantwortung zu.



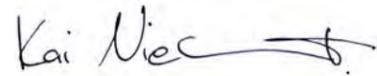
Im Kontext der medialen Aufmerksamkeit traten im Jahr 2019 auch die politischen Kontroversen in zentralen Fragen der Umweltpolitik immer deutlicher zu Tage, denn sowohl in der Agrarpolitik als auch in der Verkehrs- und Klimapolitik waren die Initiativen der Bundesregierung von ungenügender Handlungsbereitschaft geprägt. Dazu kam, dass mit immer kürzeren Fristen in Hauruckaktionen

Gesetzentwürfe ins Kabinett eingebracht wurden, die unausgereift, unzureichend und teilweise rechtswidrig waren. Dies hat auch den DNR und seine Mitgliedsorganisationen vor die Herausforderung gestellt, möglichst schnell und dennoch geschlossen zu reagieren.

Darüber hinaus standen wir mit aufkommenden Themen wie Waldsterben, Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung oder Windenergie und Artenschutz vor neuen Aufgaben, die trotz begrenzter Kapazitäten im Interesse der gesamten Umweltbewegung verfolgt wurden. Auch mussten wir uns vermehrt mit der Verteidigung des Gemeinnützigkeitsrechts sowie mit dem Druck auf zivilgesellschaftliche Organisationen auseinandersetzen. In einer breiten Allianz mit Dachverbänden wie dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), dem entwicklungspolitischen Verband VENRO, dem Kulturrat oder dem Bundesjugendring haben wir zahlreiche gemeinsame Initiativen entwickelt und hervorgehoben, dass eine aktive Zivilgesellschaft eine unschätzbare Bedeutung für unsere demokratische Gesellschaft hat.

Der DNR hat 2019 als Dachverband zahlreiche wichtige Prozesse – wie beispielsweise die Kampagne zur Europawahl im Mai 2019, die Begleitung des Klimakabinetts der Bundesregierung oder die Umsetzung des Aktionsprogramms Insektenschutz – intensiv begleitet, moderiert und koordiniert, um eine starke Plattform des offenen Meinungsaustauschs zu sein und die Interessen seiner Mitglieder auf der politischen Bühne in Berlin und Brüssel erfolgreich zu vertreten. Der Beitritt weiterer Organisationen in den DNR bedeutet die größte Anerkennung der Arbeit im Natur-, Umwelt- und Tierschutz. Mit Stand Ende 2019 umfasst das gemeinsame Netzwerk 96 Mitgliedsorganisationen.

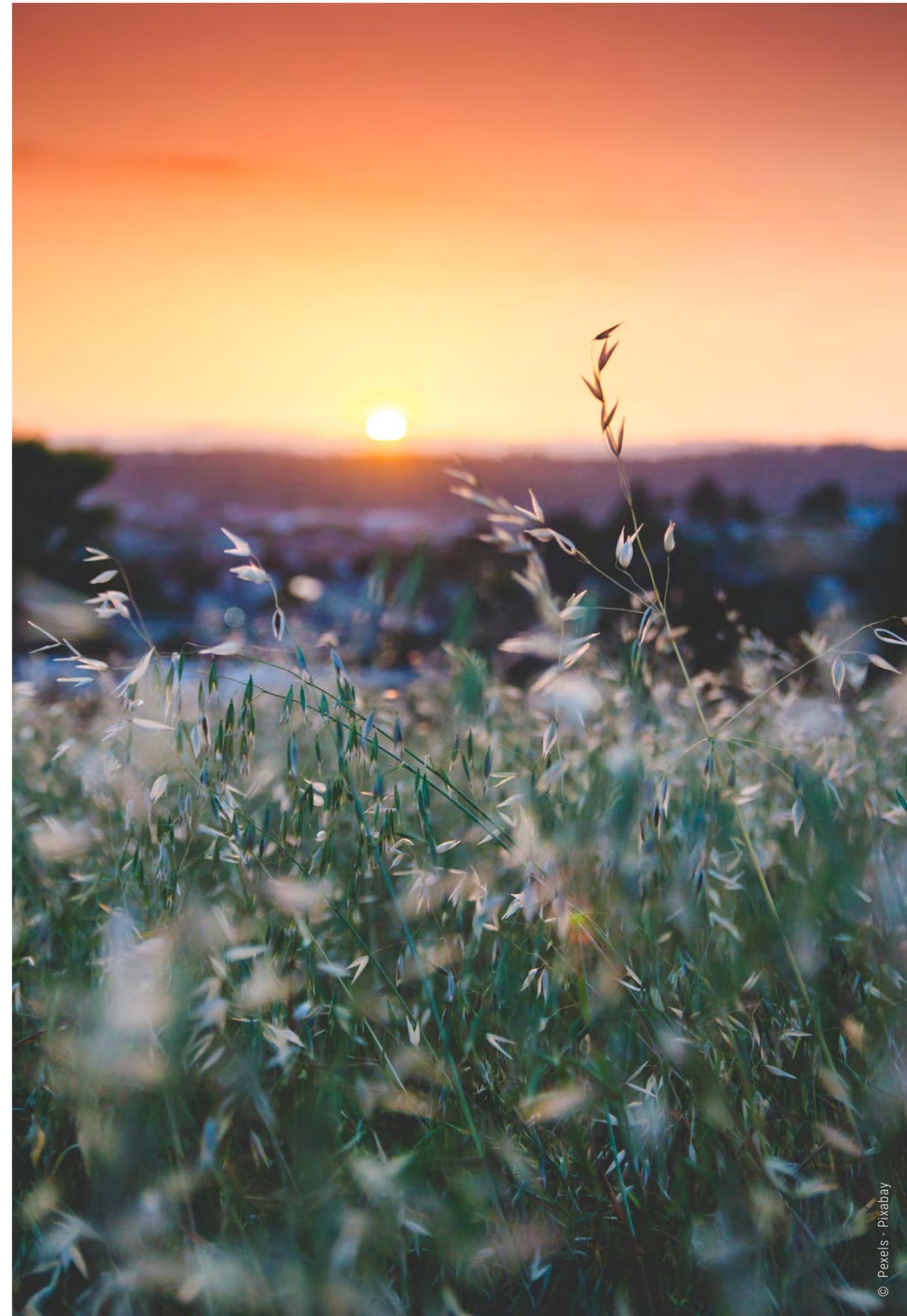
Der vorliegende Leistungsbericht informiert über die Entwicklungen sowie die vielfältigen Aktivitäten des DNR im Jahr 2019.



Kai Niebert,
Präsident



Florian Schöne,
Politischer Geschäftsführer



IM FOKUS

AGRAR-, NATUR- UND TIERSCHUTZPOLITIK



“Wir erleben derzeit eine doppelte globale Krise, die nur gemeinsam gelöst werden kann: Die Klimaerhitzung und der dramatische Verlust der biologischen Vielfalt sind eng miteinander verwoben. Um die überfällige Trendwende zu erreichen, brauchen wir eine breite öffentliche Unterstützung, die neben dem Klimaschutz den Erhalt der Biodiversität ins Zentrum der politischen und gesellschaftlichen Bemühungen stellt.“

– Lavinia Roveran, Referentin für Naturschutz und Agrarpolitik



DAS VORHABEN IM INTERNET:

www.dnr.de/biodiversitaetspolitik



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Ilka Dege

Lavinia Roveran

Johann Schlanstein

Florian Schöne

INSEKTENSCHUTZ BLEIBT TOPTHEMA AUF DER POLITISCHEN AGENDA

Im Mai 2019 hatte der Weltbiodiversitätsrat (IPBES) einen alarmierenden Bericht über den dramatischen Verlust von Arten und Lebensräumen vorgelegt und den politischen Druck erhöht, zügig und entschlossen gegen das Artensterben vorzugehen. In mehreren Bundesländern wurden Initiativen für mehr Insektenschutz gestartet. Allein in Bayern stimmten über eine Millionen Unterstützer*innen einem Volksbegehren zur Artenvielfalt zu.

Auf Bundesebene führte der gesellschaftliche Druck ebenfalls dazu, dass im September 2019 nach einer umfangreichen öffentlichen Konsultation das im Koalitionsvertrag vereinbarte Aktionsprogramm Insektenschutz vom Bundeskabinett beschlossen wurde. Auch wenn sich viele Verbände noch ambitioniertere Maßnahmen für eine insektenfreundlichere Landwirtschaft gewünscht hätten: Die Umsetzung des beschlossenen Programms ist ein entscheidender Schritt, denn eine Trendwende beim Insektensterben ist ohne eine Trendwende in der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung und Nutzung von Agrarflächen nicht zu schaffen. Das heißt: weniger Pestizide und Nährstoffe, mehr Struktur- und Kulturartenvielfalt.

SCHUTZ VON BIODIVERSITÄT UND BAUERNHÖFEN ZUSAMMENDENKEN

Dass die Landwirtschaft erhebliche Verantwortung für die Erhaltung und Bewahrung unserer Ökosysteme trägt, hat der Bericht des Weltbiodiversitätsrats IPBES ebenso deutlich unterstrichen wie ein weiterer Bericht des Weltklimarates (IPCC) zu nachhaltiger Landnutzung und Ernährung.

Ungeachtet dessen bleibt aber eine ambitionierte Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) weiterhin auf der Strecke. Seit Jahren werden Umweltziele konterkariert, weil die politischen Rahmenbedingungen und Subventionen eine immer intensivere Landnutzung und Exportorientierung befördern. Eine Neuausrichtung der nationalen und europäischen Agrarpolitik ist daher unausweichlich. Bereits zu Jahresbeginn hatte der DNR anlässlich der Grünen Woche ein Hintergrundpapier veröffentlicht und gefordert: „Europas Agrarpolitik jetzt reformieren! Warum wir uns keine weiteren sieben verlorenen Jahre leisten können“. Wie wichtig in der Debatte Dialog und gemeinsame Lösungsansätze zum Schutz von Biodiversität und bäuerlichen Betrieben sind, haben die DNR-Mitgliedsverbände auf ihrer Mitgliederversammlung im November 2019 mit einer gemeinsamen Resolution „Für Biodiversität und Bauernhöfe: Die Zeit, den Umbau der Agrarpolitik anzugehen, ist jetzt!“ unterstrichen.

WER NATUR BEWAHREN WILL, WÄHLT #NATÜRLICHEUROPA

Auch wenn das Beispiel der GAP zeigt, dass EU-Recht besser werden kann und muss, so erweist sich die EU-Gesetzgebung dennoch seit Jahren als entscheidender Hebel, um auch in Deutschland gesetzliche Verbesserungen zum Schutz von Natur, Wasser oder Tieren auf den Weg zu bringen. EU-Staaten, die die gesetzlichen Regeln unterlaufen, riskieren Vertragsverletzungsverfahren und empfindliche Strafen. Über 50 Verfahren waren 2019 gegen Deutschland im Bereich Umwelt anhängig. Sie zeigen, wie hoch der Nachholbedarf in Deutschland und wie wichtig eine ambitionierte EU-Politik ist.

Das Europäische Parlament trägt daran entscheidenden Anteil. Der DNR hat die Wahlen zum Europäischen Parlament deshalb mit einer breit angelegten Kampagne #natürlichEuropa begleitet, die von zahlreichen Mitgliedsverbänden aufgegriffen und getragen wurde.

EU-RECHT EINHALTEN UND STÄRKEN: ESSENZIELL FÜR DEN SCHUTZ VON GRUNDWASSER UND GEWÄSSERN

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie ist eine der wichtigsten Rechtsgrundlagen zum Schutz unseres wichtigsten Lebensmittels. Um ihre Abschwächung zu verhindern, haben Umweltverbände in Deutschland und Europa die Kampagne #protectwater initiiert. Fast eine halbe Million Bürgerinnen und Bürger sind dem gemeinsamen Aufruf gefolgt und haben für die Beibehaltung der bereits vor 25 Jahren vereinbarten Ziele gestimmt. Mit Erfolg: Im Dezember erklärte die EU-Kommission die Richtlinie als „fit for purpose“ und bestätigte damit die Auffassung der Verbände, dass nicht die Gesetzgebung, sondern deren unzureichende Umsetzung in den Mitgliedstaaten ursächlich für die ausstehenden Verbesserungen ist.

Was dafür zu tun ist, haben BUND, NABU, Grüne Liga, WWF und DNR zum jährlichen Gewässerschutzforum im November 2019 in Dessau mit zahlreichen Gästen diskutiert und in einer gemeinsamen Erklärung festgehalten.

Und noch eine EU-Richtlinie löste über das ganze Jahr 2019 hinweg in Deutschland intensive Debatten zum Grundwasserschutz aus: Die Nitratrichtlinie. Weil das Grundwasser in Deutschland an vielen Orten seit Jahren die Nitrat-Grenzwerte überschreitet, muss das Land sein Düngerecht überarbeiten. Als Dachverband hat der DNR die Debatte und Novelle intensiv mit Fachgesprächen, Stellungnahmen und Öffentlichkeitsarbeit begleitet.

NEUE GENTECHNIK GEFÄHRDET ARTEN- UND NATURSCHUTZ

Neue Gentechnikverfahren wie die „Gen-Schere“ CRISPR/Cas ermöglichen tiefgreifende Eingriffe in das Erbgut von Tieren und Pflanzen. Mit den technischen Möglichkeiten haben sich auch die Einsatzziele verändert. Die Natur bzw. natürliche Populationen wie Insekten, Nagetiere oder Bäume geraten zunehmend in den Fokus möglicher Anwendungen. In einem vom DNR beauftragten Bericht hat das Institut für unabhängige Folgenabschätzung in der Biotechnologie (testbiotech) anhand von Beispielen die Folgen einer unkontrollierten Ausbreitung und ungewollte Effekte für den Natur- und Artenschutz aufgezeigt. In Anbetracht der weitreichenden ökologischen Risiken, die mit dem Austausch natürlicher durch künstlicher Populationen verbunden sind, ist der Naturschutz gefordert, sich aktiver in die Debatte einzubringen, um Abstriche an einer umfassenden Risikobewertung und Kontrolle bei der so genannten neuen Gentechnik zu verhindern und Freisetzungen an die Bedingung einer Rückholbarkeit zu knüpfen.



GRENZÜBERGREIFENDE ALLIANZ ZUM NATUR- UND HOCHWASSERSCHUTZ AN DER ODER

Das gemeinsame Engagement zum länderübergreifenden Schutz der Oder vor den massiven Ausbauplänen der polnischen Regierung wurde auch 2019 fortgeführt. So wurde eine umfangreiche Stellungnahme zahlreicher Verbände zur polnischen Umweltverträglichkeitsprüfung erarbeitet und mit dem Beschwerdegremium der Weltbank vor Ort über die ökologischen Konsequenzen der Eingriffe diskutiert.

STRATEGIEGRUPPE NATURSCHUTZFLÄCHEN FORTGEFÜHRT

Seit gut 15 Jahren überträgt der Bund im Rahmen des Nationalen Naturerbes (NNE) unentgeltlich Flächen an Länder, Stiftungen und Verbände, um diese dauerhaft dem Naturschutz zu unterstellen. Unter Koordination des DNR haben sich zahlreiche Naturschutzorganisationen in der Strategiegruppe Naturschutzflächen dafür eingesetzt, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarte vierte Tranche des Naturerbes mit 30.000 Hektar endlich verabschiedet und zugleich der neu eingerichtete Wildnisfonds der Bundesregierung zielführend ausgestaltet wird. Zudem vertritt die DNR-Strategiegruppe auch die NNE-Flächenbesitzer der Naturschutzorganisationen im Naturerbe-Rat.

PRIORITÄT FÜR BIODIVERSITÄT: NATURSCHUTZ BRAUCHT EINE NEUE UND MEHR OFFENSIVE

Über drei Jahre haben die Umweltorganisationen BUND, NABU, DUH, WWF und der DNR intensiv die Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt in Deutschland begleitet. Resümee: Die Bundesrepublik muss dem Schutz der Biodiversität ressortübergreifend mehr politische Priorität einräumen. In einer gemeinsamen Abschlussveranstaltung des Projekts im Oktober 2019 haben die Verbände diese Forderung deutlich zum Ausdruck gebracht und in einer Sammlung von Factsheets Handlungsempfehlungen zu ausgewählten Bereichen für mehr Wildnis auf Äckern und Wiesen bis hin zu mehr Grün in der Stadt vorgelegt.

Von der Bundesregierung erwarten die Verbände, dass sie die EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 nutzt, um auf europäischer und internationaler Ebene sowohl eine ambitionierte EU-Strategie als auch ein verbessertes globales Biodiversitätsabkommen auf den Weg zu bringen.

IM FOKUS: POLITIK UND GESELLSCHAFT



“Als Team Politik & Gesellschaft hatten wir 2019 plötzlich überraschende Unterstützung: Mit „Fridays for Future“ ist eine junge und dynamische Bewegung entstanden, die kein Entscheidungsträger aus Politik, Gesellschaft oder Wirtschaft ignorieren kann. 2019 haben wir als Dachverband unsere Arbeit erfolgreich fortgesetzt, neue Bündnisse aufgebaut, gemeinsam mit unseren Mitgliedern die Politik getrieben und die Klimakrise im allgemeinen Bewusstsein verankert. Und auch wenn klimapolitisch gerade Vieles sehr viel schneller gehen müsste: Es geht voran!”

– Tobias Pforte-von Randow, Koordinator Politik & Gesellschaft



DAS VORHABEN IM INTERNET:

www.dnr.de



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Tobias Pforte-von Randow
Theresa Klostermeyer
Ricarda Kandert
Lisa Grau

Mit dem Team Politik & Gesellschaft sucht der DNR den Schulterschluss mit weiteren zivilgesellschaftlichen Dachverbänden, vernetzt sich mit relevanten Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und koordiniert die Mitgliedsverbände. Dabei reichen die Themen von der Klima- und Energiepolitik über den Wirtschaftswandel bis zur Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus.

Die Themen eint die Erkenntnis, dass eine wirksame Politik innerhalb der planetaren Grenzen nur mit und nicht gegen die Gesellschaft gelingen kann. Neben kohärenter Politik bedarf es dafür auch eines gesellschaftlichen Klimas, das auf Fakten und Dialog statt auf Spaltung setzt.

KLIMASCHUTZPROGRAMM 2030

Die im Koalitionsvertrag von Union und SPD angekündigte rechtlich verbindliche Umsetzung des Klimaziels für 2030 dominierte die klimapolitische Agenda des Jahres 2019. Im März berief Bundeskanzlerin Angela Merkel das Klimakabinett ein, um die Abstimmung zwischen dem Bundesumweltministerium und den anderen für Klimaschutz zuständigen Ressorts zu koordinieren. Insbesondere in den Sektoren Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft wurden von den Ministerien wenig konkrete und quantifizierte Maßnahmenvorschläge zur Erfüllung der jeweiligen Sektorziele vorgelegt. Unter Koordination des DNR erarbeiteten die Umweltverbände gemeinsame Forderungen für alle Sektoren und brachten diese in Gesprächen mit Ministerien und Abgeordneten zum Ausdruck.

Die Bundesregierung verabschiedete das Klimaschutzprogramm 2030 am 20. September 2019. Es beinhaltet ein Klimaschutzgesetz, Maßnahmen in den verschiedenen Sektoren sowie ein Instrument zur Bepreisung von CO₂. Aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft wurde starke Kritik an dem Programm laut, da der Schwerpunkt auf Anreizen mit schwer quantifizierbarer Klimawirkung statt konkreter Regulierung liegt und die Maßnahmen zur Erreichung des Klimaziels 2030 voraussichtlich nicht ausreichen. Das Modell der CO₂-Bepreisung wurde ebenfalls kritisiert, da es keine ausreichende Lenkungswirkung im Sinne des Klimaschutzes entfaltet, kein ausreichender sozialer Ausgleich vorgesehen ist und zudem verfassungsrechtliche Bedenken bestehen. Der DNR koordiniert deshalb weiterhin die Forderungen der Verbände zur Nachschärfung des Klimaschutzprogramms 2030.

CO₂-BEPREISUNG

Der DNR hat gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen Konzepte erarbeitet und verglichen, Unterstützer jenseits der Umweltverbände gesucht und in vielen Gesprächen mit der Politik für eine grundlegende Reform der Steuern und Abgaben im Sinne einer CO₂-Bepreisung geworben. Zum Jahresende 2019 wurde mit dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) die schrittweise Einführung eines Mindestpreises außerhalb des Energiesektors verabschiedet, angefangen bei einem bescheidenen Niveau von 25 Euro pro ausgestoßener Tonne CO₂.

KOHLEKOMMISSION

Anfang 2019 konnte sich die Kohlekommission mit nur einer Gegenstimme auf einen Kompromiss zur Beendigung der Kohleverstromung verständigen. In vielen Gesprächen mit den federführenden Ministerien wurde 2019 gemeinsam mit den DNR-Mitgliedern an einer zeitnahen Umsetzung und gesetzlichen Fixierung des Kohleausstiegs gearbeitet.



POSTWACHSTUM UND WIRTSCHAFTSWANDEL

Der DNR ist ein wichtiger Partner für Organisationen und Verbände außerhalb der direkten Umweltszene, wenn es um Diskussionsrunden zu Fragen rund um Postwachstum geht. Die Zusammenarbeit mit u.a. Genossenschaften, Entwicklungsorganisationen und Kirchen bringt Perspektiven in den Dachverband ein, die wertvoll für die Einordnung in größere gesellschaftliche Zusammenhänge sind. 2019 war ein Jahr, in dem grundlegende Systemfragen auch in den Umweltverbänden eine größere Rolle spielten. Es wird immer deutlicher, dass Umwelt- und Naturschutz ohne einen Wirtschaftswandel nur Symptome lindert, nicht aber an die Ursache der Probleme geht.

Daher hatte der DNR mit dem Europäischen Umweltbüro (EEB) und dem Institut für zukunftsfähige Ökonomien (ZOE) einen Report in Auftrag gegeben, der grünes Wachstum, welches das Wirtschaftswachstum von den negativen Umweltfolgen entkoppeln soll, als „Märchen“ enttarnt. Ein parlamentarisches Frühstück zusammen mit dem BUND und ZOE zur Veröffentlichung des Reports stieß bei den Abgeordneten auf großes Interesse.

Was seit Jahren innerhalb der Zivilen Enquete „Wachstum Wohlstand Lebensqualität“ und ihren Arbeitskreisen diskutiert und kritisiert wurde, konnte 2019 von den Geschäftsführern von BUND, Greenpeace und DNR aufgenommen werden, um es in einen gemeinsamen wirtschaftskritischen Debattenbeitrag zu gießen.

Zur Vertiefung der Relevanz von Wachstumskritik auch innerhalb des DNR wurden In-house Workshops zu Querschnittsthemen organisiert, in denen es u.a. um Digitalisierung, Bioökonomie, Klima vs. Wirtschaft und Entkopplung des Ressourcenverbrauchs ging.

RESSOURCENWENDE

Seit Januar 2019 ist der DNR Projektpartner für das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben „Analyse der Möglichkeiten einer besseren Beteiligung von Umweltverbänden an Debatten und transdisziplinären Forschungen am Beispiel Ressourcenpolitik“. Weitere Projektpartner sind der BUND und das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Der DNR ist im Projekt verantwortlich für die Kommunikation. Vorrangig umfasst dies die Planung, Konzeption und Betreuung der Onlineplattform www.ressourcenwende.net, die sowohl Informationen zur deutschen Ressourcenpolitik bündelt als auch den transdisziplinären Austausch zwischen relevanten Akteuren aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft fördert. Letzteres wird durch Blogbeiträge und durch eine detaillierte Übersicht der aktiven Personen geleistet. Neben der Kommunikationsplattform als Herzstück veröffentlichte der DNR im vierten Quartal einen ersten Newsletter. Flankiert wird die Kommunikationsarbeit durch regelmäßige Aktivitäten auf Twitter unter dem Hashtag #ressourcenwende.

IM FOKUS: EU-KOORDINATION



„Mit vereinten Kräften der Umwelt- und Naturschutzbewegung sowie der Zivilgesellschaft ist es uns gelungen, die Europawahl 2019 zu einer Klima- und Umweltwahl zu machen. Handfestes Resultat davon ist der Europäische Green Deal mit dem Versprechen der Klimaneutralität bis 2050 und dem sozial-ökologischen Umbau der EU. Auch wenn viele Pläne der EU-Kommission nicht weit genug gehen, um die Klima- und Biodiversitätskrise zu stoppen, haben wir 2019 eindeutig einen Etappensieg errungen: unsere Themen sind so präsent wie noch nie. Unsere Aufgabe der nächsten Jahre wird sein, sicherzustellen, dass auf Worte nun auch Taten folgen.“

– Bjela Vossen, Leiterin EU-Koordination



DAS VORHABEN IM INTERNET:
www.dnr.de/eu-koordination



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Bjela Vossen
Elena Hofmann
Antje Mensen (wieder seit Mai 2019, Anfang 2019 Mateja Kahmann)
Mateja Kahmann
Ann Wehmeyer
Juliane Grüning
Katrin Meyer

Die EU-Koordination bildet die Schnittstelle für die Umweltverbände zwischen Berlin und Brüssel. Mit Veranstaltungen, Veröffentlichungen und dem EU-Umweltnewsletter wird versucht, aktuelle umweltrelevante Themen aus dem europäischen Parlament nach Berlin zu holen und dabei eng mit Brüsseler und nationalen Verbänden zusammenzuarbeiten.

2019 waren die Umweltthemen in der EU so präsent wie noch nie. Die DNR-Europawahlkampagne, das neue EU-Parlament, die neue EU-Kommission mit dem Versprechen der Transformation Europas durch den Europäischen Green Deal und Klimaneutralität Europas bis 2050, die EU-Klima- und Energiepolitik nach 2020 sowie der Mehrjährige Finanzrahmen nach 2020 haben den DNR intensiv beschäftigt. Aber auch die Zukunft der EU im Ganzen sowie die Fortführung der Deregulierungsagenda durch Einführung einer „One-in, one-out“-Regel standen im Fokus der Arbeit.



EUROPAWAHL

Aufbauend auf den 2018 koordinierten Europawahlforderungen fand die Europawahlkampagne #natürlichEuropa unter den Verbänden großen Zuspruch. Mit seiner Kampagnenarbeit konnte der DNR maßgeblich dazu beitragen, Klimaschutz als wahlentscheidendes Thema zu platzieren. Sowohl die Informationen auf der Unterseite zur Europawahl auf der DNR-Webseite und der Steckbrief als auch die Nachbereitung auf der Webseite www.umweltcheck-ep.de, die die 96 deutschen Europaparlamentarier*innen mit den NGOs vor Ort verknüpft, fanden bei den Verbänden großen Zuspruch.

EUROPÄISCHER GREEN DEAL

Durch den Europäischen Green Deal will die neue EU-Kommission unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Transformation der EU und die Klimaneutralität Europas bis 2050 einläuten. Konkretisieren will die EU-Kommission dies unter anderem durch ein EU-Klimaschutzgesetz, eine Biodiversitätsstrategie, einen Plan zur Anhebung der 2030-Klimaziele, eine EU-Industriestrategie, einen Kreislaufwirtschaftsaktionsplan, eine „Farm to Fork Strategie“, eine neue Waldstrategie, eine Chemiestrategie sowie ein 8. Umweltaktionsprogramm. Ab dem Jahr 2020 soll die Integration der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) in das Europäische Semester erfolgen. Der DNR hat sowohl die Neubesetzung der Kommission als auch die Veröffentlichung des Green Deals begleitet und zeitnah die Verbände über die Neuerungen informiert. Allerdings soll der Green Deal über einen neu eingeführten Deregulierungsmechanismus, die „one-in, one-out“-Regel umgesetzt werden. Gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund wurden bei der Kommissionspräsidentin dazu Bedenken geäußert.

MEHRJÄHRIGER FINANZRAHMEN

Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU (MFR) legt für einen Zeitraum von sieben Jahren fest, wie viel Geld aus dem EU-Haushalt für welche Bereiche und Maßnahmen zur Verfügung steht, und beeinflusst damit stark nachgelagerte Reformen. Der DNR konnte seine Rolle als Koordinator für Gesprächstermine der Umweltverbände beim Finanzministerium und weiteren Ministerien festigen.

KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK IN DER EU

Die „Fridays for Future“-Bewegung und die deutliche Stärkung der Umweltthemen bei den Europawahlen brachten 2019 einige Bewegung in die klimapolitische Debatte in der EU. Nachdem 2018 ganz im Zeichen von Instrumenten stand, entstand 2019 wieder Raum für das Thema Ambitionssteigerung.

Im Mai bekannte sich Bundeskanzlerin Merkel zum Ziel der Klimaneutralität bis 2050, im Dezember wurde dies schließlich von den EU-Staats- und Regierungschefs verabschiedet. Als direkte Reaktion auf die Wahlen und die Proteste kann gewertet werden, dass die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen das Thema Klimaschutz weit oben auf ihre politische Agenda setzte und sich im Sommer in ihrer Wahlrede unter anderem zu einem EU-Klimaziel für 2030 von 50 bis 55 Prozent bekannte. Diese Ankündigung wurde dann im Green Deal unterstrichen. Auch Bundeskanzlerin Merkel sprach sich bei zwei Gelegenheiten für ein EU-Klimaziel von 55 Prozent aus, die SPD unterstützt das Ziel ebenfalls, aber in der CDU/CSU bleibt es umstritten und wurde daher bislang auch nicht gemeinsame Regierungsposition. Der DNR hat sich dafür eingesetzt, dass Deutschland einen konstruktiven Beitrag zur Debatte über einen höheren Beitrag zum Pariser Klimaabkommen leistet.

Im Rahmen der #natürlichEuropa-Kampagne hat sich der DNR intensiv in die klimapolitische Mobilisierung zur Europawahl eingebracht. Durch regelmäßige Strategietreffen vor und nach der Wahl, einem sogenannten Logbuch zur Sammlung aller relevanten Informationen sowie der Erstellung bzw. Information von Email-Verteilern koordinierte der DNR die Zusammenarbeit der deutschen Umweltverbände und die Vernetzung mit den europäischen Dachverbänden zu Klimathemen in der Europawahl. Ergebnisse dieser Zusammenarbeit waren unter anderem gemeinsame Wahlprüfsteine, ein Klimaranking der Mitglieder des Europäischen Parlaments, die Mitarbeit an einem europaweiten Call for Action als Wahlauf Ruf und die Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen und Initiativen zur Europawahl inklusive verstärkter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in diesen Bereichen.

In der zweiten Jahreshälfte war ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt, das positive Ergebnis der Europawahl in Richtung eines Politikwechsels zu kanalisieren. Der DNR stellte frühzeitig Kontakte zu neuen EU-Abgeordneten her, stellte mit Briefen und einem Empfang in Brüssel sicher, dass die Positionen und Prioritäten der Umweltverbände direkt zum Start der neuen Legislaturperiode in Brüssel bei Abgeordneten und bei der EU-Kommission platziert wurden und versorgte die Community zeitnah mit Informationen und Einschätzungen zur neuen EU-Kommission und ihren Plänen.

Der DNR koordinierte die Arbeit der deutschen Umweltverbände zur Klimalangfriststrategie mit dem Ziel, die Bundesregierung zur Unterstützung des Ziels der Klimaneutralität bis deutlich vor 2050 zu bringen. Dazu gab es gemeinsame Briefe an die Kanzlerin sowie die relevanten Ministerien, Pressearbeit sowie eine gemeinsam mit Germanwatch und der Europäischen Bewegung Deutschlands organisierte Veranstaltung zur Langfriststrategie.

Darüber hinaus stellte der DNR die Begleitung zum nationalen Energie- und Klimaplan (NECP) bei der EU-Kommission sicher. So sorgte der DNR für einen engen Austausch zum Stand des deutschen NECP mit Brüsseler und deutschen NGOs, dem BMWI, Bundestagsabgeordneten sowie den zuständigen Generaldirektionen ENER und CLIMA und unterstützte den Brüsseler Dachverband bei Publikationen zum NECP.

Weiterhin versuchte der DNR, mit Pressearbeit und koordinierten Briefen sowie einer gemeinsamen Erklärung der deutschen und französischen NGOs im Oktober die Bundesregierung zu einer klaren Unterstützung für 55 Prozent bis 2030 zu bringen.

FORMATE

Um die Einflussnahme auf die EU-Politik zu bündeln und zu verstärken, hat der DNR 2019 ein neues Format der Advocacy-Fahrten nach Brüssel zu den Schwerpunkten Klimaschutz und Landwirtschaft entwickelt. Teil davon war ein gemeinsamer NGO-Empfang für deutsche Abgeordnete des europäischen Parlaments, die zu Klimaschutz und Landwirtschaft arbeiten.

Ein voller Erfolg mit 300 Teilnehmer*innen war auch die gemeinsam mit dem Europäischen Umweltbüro (EEB) im November in Berlin durchgeführte Europäische Konferenz "Sailing the winds of change for Europe's environment".

Die Seite www.umweltcheck-euoparl.de wurde nach der Europawahl vollständig überarbeitet. Die Seite ist nun auch für die Darstellung auf mobilen Endgeräten optimiert und die EU-Abgeordneten sind über ihre Social-Media-Kanäle verlinkt.

Im Jahr 2019 wurden insgesamt 47 Newsletter an etwa 3.800 Abonnent*innen verschickt. In 13 Rubriken Abfall, Chemie und Nanotechnologie, Emissionen, Klima und Energie, Landwirtschaft und Gentechnik, Naturschutz und Biodiversität, Politik und Recht, Tierschutz, Verbraucherschutz, Verkehr und Tourismus, Wasser und Meere, Wirtschaft und Ressourcen, Service und Termine wird über aktuelle politische Entwicklungen auf EU-Ebene informiert. Der wöchentliche Newsletter kann auf der DNR-Webseite abonniert werden. Die beliebten Steckbriefe und Factsheets zu verschiedenen EU-politischen Umwelt- und Klimathemen werden über den Newsletter beworben.

Der Twitter-Account @DNR_EUnews hat 2019 weiter Fahrt aufgenommen. Die Anzahl der Follower*innen stieg auf knapp 600 weiter an (Ende 2018: 417) und durchschnittlich pro Tweet fast 350 Impressionen. Top Tweet war das Themenheft zur neuen EU-Kommission mit 5.241 Impressionen.



IM FOKUS: KOMMUNIKATION UND PRESSESTELLE



„Das Highlight des DNR-Pressjahres 2019 war zweifelsohne die Europawahl-Kampagne #NatürlichEuropa. Für den DNR war diese crossmediale Kampagne auf Twitter, Facebook, Instagram, Webseite, mit Printmaterialen und Giveaways ein absolutes Novum. Die Resonanz der Mitgliedsorganisationen war äußerst positiv. Die Kampagne war ein voller Erfolg.“

Dass beide Printprodukte - das Verbandsmagazin *umwelt aktuell* und das Debattenmagazin *movum* - zum Jahresende eingestellt wurden, war hingegen ein großer Einschnitt. Gleichzeitig bedeutet dies eine einmalige Chance, die Kommunikationsarbeit des DNR grundsätzlich neu zu gestalten.“

– Nina Slattery, Referentin für Presse und Kommunikation



DAS VORHABEN IM INTERNET:

www.dnr.de



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Nina Slattery

Helga Inden-Heinrich bis 03/19

Karen Thormeyer

Marion Busch

Juliane Grüning

Ann Wehmeyer

Konstantin Hartwig

Ayleen Altindag (FÖJ)

ALLGEMEINE PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

2019 war aus Sicht der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ein erfolgreiches Jahr, gemessen an dem Ziel, den DNR sowohl für Politik, Medien und Gesellschaft als auch für seine Mitglieder als verlässlichen und kompetenten Akteur sichtbar zu machen. Fast 80 Pressemitteilungen und -statements, 29 Positionspapiere und eine intensive Nutzung von Twitter unterstreichen diese Entwicklung.

#NATÜRLICHEUROPA – EUROPAAHL- KAMPAGNE

Die erste Jahreshälfte war maßgeblich geprägt von der Konzeption, Durchführung und Nachbereitung der Europawahlkampagne #natürlicheuropa. In enger Abstimmung mit seinen Mitgliedern und mit der beauftragten Werbeagentur wigwam erzielte der DNR mit kleinem Budget eine enorme Wirkung. Die Auftaktveranstaltung Anfang April im Europäischen Haus in Berlin nutzte der DNR, um die Forderungen zur Europawahl einem breiten Publikum zu präsentieren und bot zudem zahlreichen Vertreter*innen aus den Verbänden ein Podium. Zusätzlich stellte der DNR das Kampagnenmaterial vor. Der analoge Bereich umfasste ein Leporello mit Kurzforderungen zur Europawahl ohne DNR-Logo, damit alle Mitglieder den Flyer mit eigenem Logo versehen konnten. Hinzu kamen ein Aktionshandbuch, Aufkleber (Wer Natur will, wählt #natürlichEuropa), Abreißzettel, Ansteckbuttons sowie Zahnstocher mit Papierfähnchen. Im Online- bzw. Social-Media-Bereich stellte der DNR zahlreiche Sharepics zur Verfügung, die über die Kampagnenwebsite www.natuerlicheuropa.de zum Download angeboten wurden. Ein eigens dafür eingerichteter Facebook- und Instagram-Account rundeten die Aktivitäten ab. Erwähnenswert waren außerdem die Kooperationen mit dem



Filmemacher Hans von Sonntag sowie mit den Unternehmen Lush und Vaude. Die Verbändeforderungen in Kurz- und Langfassung, Wahlprüfsteine und ein viel beachtetes Klimaranking über das bisherige Abstimmungsverhalten deutscher EU-Abgeordneter wurden ebenfalls kommuniziert. Eine eigene Unterseite auf der DNR-Webseite bündelte verschiedene wahlbezogene Informationen. Kurze Interviews mit EU-Parlamentarier*innen wurden im EU-Newsletter verbreitet. Zwei Ausgaben der Monatszeitung *umwelt aktuell* (12.18/01.19, 05.19) sowie eine Ausgabe des Debattenmagazins *movum* mit Infografik widmeten sich dem Thema Europa und den Europawahlen. Diese crossmediale Kampagne, wie sie der DNR erstmals in seiner Geschichte durchführte, war ein voller und wirkt noch lange nach.

TWITTER

Twitter hat sich als zusätzlicher Kommunikationskanal etabliert. Die vier Accounts @naturschutzring, @dnr_biodiv, @dnr_decarb und @DNR_EUnews wurden kontinuierlich, wenngleich unterschiedlich intensiv von der Kommunikationsabteilung und den Koordinator*innen und Referent*innen aktiv gepflegt. Dabei stiegen die „Follower“-Zahlen stetig an. Während der Hauptaccount @naturschutzring vor allem die Pressemeldungen veröffentlicht und die Arbeit der Mitglieder durch „likern“ und „retweeten“ unterstützt, gehen die drei Fachaccounts verstärkt in die Einzelthemen hinein. Viele Tweets werden von den Mitgliedsverbänden weiterverbreitet, so dass die DNR-Arbeit über diesen Kanal in der Verbändelandschaft wahrgenommen wird.

UMWELT AKTUELL UND MOVUM

Die beiden Printprodukte des DNR, die Verbandszeitschrift *umwelt aktuell* und das Debattenmagazin *movum*, wurden nach einem weiteren erfolgreichen Jahr Ende 2019 bis auf Weiteres eingestellt. Grundsätzliche Überlegungen zum Relaunch machten dies nötig. Eine ursprünglich geplante Zusammenlegung in ein neues Magazin in Zusammenarbeit mit externen Journalist*innen kam wegen finanzieller Bedenken bisher nicht zustande. Die konzeptionellen Überlegungen sollen 2020 fortgesetzt werden.

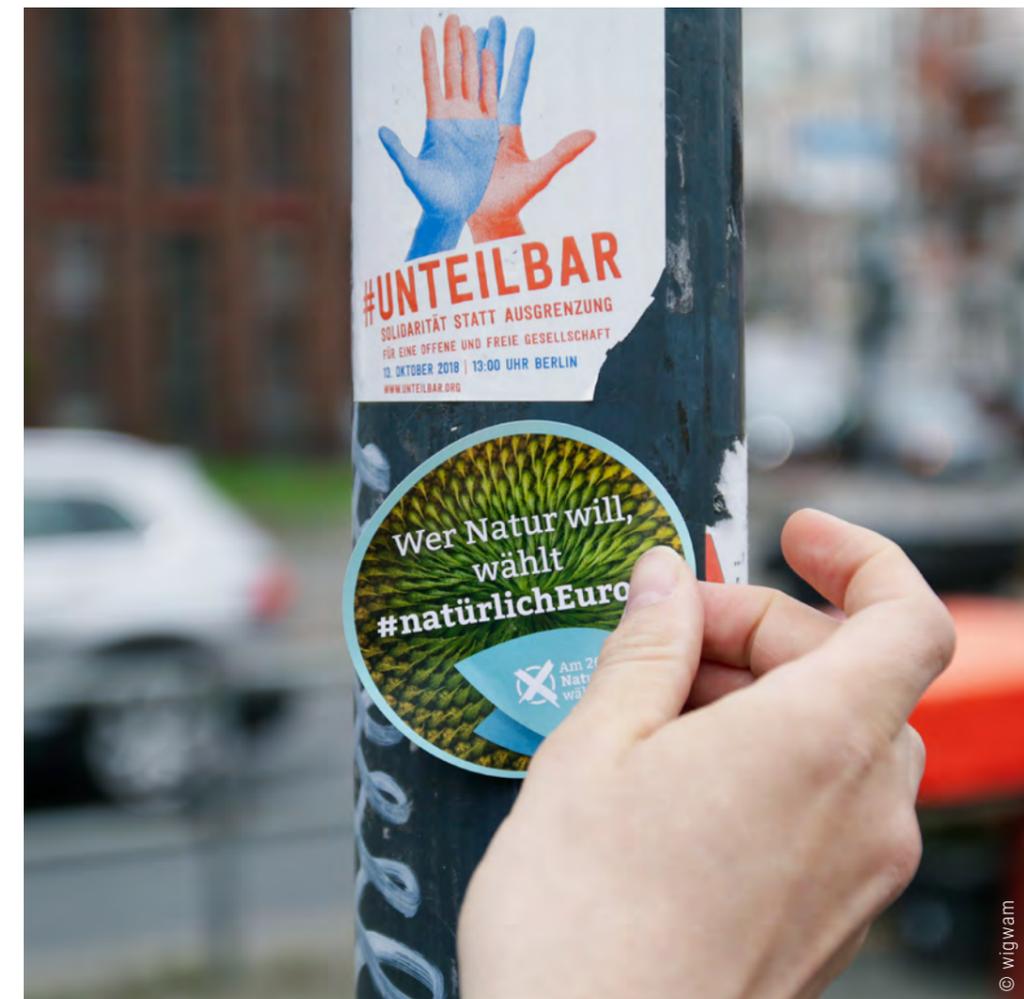
Die *umwelt aktuell* erschien in acht Einzel- und zwei Doppelausgaben. Mit über 70 Gastartikeln, Kommentaren und Interviews deckte die *umwelt aktuell* ein breites Spektrum an aktuellen und brisanten Natur-, Tier- und Umweltschutzthemen ab. So bewertete Tobias Pforte-von Randow den Abschlussbericht der Kohlekommission, Prof. Dr. Manfred Niekisch vom SRU positionierte sich zum Aktionsprogramm Insektenschutz und Dr. Gerrit Hansen erläuterte die Inhalte des IPCC-Sonderberichtes zu Ozeanen und Kryosphäre. Die Doppelausgaben widmeten sich der Zukunft Europas (12.18/01.19) sowie Gemeinnützigkeit und Zivilgesellschaft (08/09.19). Seit Dezember sind alle Ausgaben der *umwelt aktuell*, die von 2007 bis 2019 erschienen, auf der DNR-Webseite als PDF abrufbar.

Movum – Das Debattenmagazin zur Transformation erschien unter der Trägerschaft des DNR viermal und mit einer Auflage von knapp 13.000 Exemplaren. Die Ausgaben *Nachhaltiges*

Europa (01/19), *Tierschutz* (02/19), *Digitalisierung & Nachhaltigkeit* (03/19) und *Frieden* (04/19) mit jeweils einer aufschlussreichen Infografik haben wichtige Denkanstöße für aktuelle gesellschaftliche Debatten gegeben.

DNR-NEWSLETTER

Dieser Newsletter ist exklusiv für die Mitgliedsorganisationen des DNR, erscheint in der Regel alle zwei Wochen und informiert über die Aktivitäten der DNR-Geschäftsstelle und seiner Mitglieder. Auf neueste Publikationen wird ebenso hingewiesen wie auf bevorstehende Veranstaltungen. 2019 gab es 23 Ausgaben. Ende 2019 ist der DNR-Newsletter neben der Website und dem EU-Umweltnewsletter in ein digitales Kommunikationskonzept integriert worden, welches 2020 weiterentwickelt wird.



DAS PRÄSIDIUM

KURZ GESAGT ... DR. ELKE BARANEK

DNR-PRÄSIDIUM, AGRARPOLITIK, NATURSCHUTZ UND EHRENAMT

Keine Frage, der Erfolg des Jahres 2019 war für mich die Europawahlkampagne #natürlichEuropa. Der DNR hat gezeigt, dass er mit überschaubarem Budget seine Mitglieder für gemeinsame Aktivitäten und Ziele mobilisieren und die Öffentlichkeit crossmedial umfassend informieren kann. Fundierte Informationen wirken offenbar auch in „postfaktischen“ Zeiten. Das macht Mut, diese Kampagnenformate weiterzuentwickeln und zu nutzen.

Als Ressortzuständige für die Bereiche Agrarpolitik, Naturschutz und Ehrenamt richtet sich mein Blick verstärkt auf die Nationalen Naturlandschaften, unbestritten die naturschutzfachlich wertvollsten und für den Tourismus attraktivsten Gebiete in Deutschland. Diese Gebiete in ihrer Einzigartigkeit zu erhalten, Schutz und Nutzung immer wieder neu auszutarieren, ist eine große gesellschaftspolitische Aufgabe, für die die Schutzgebietsverwaltungen die Unterstützung von Politik, Verbänden und Zivilgesellschaft brauchen. Dachverbände wie der DNR sind hier gefragt, zusammenzuführen und kommunikative Wege neu zu denken. Aus der Europawahlkampagne haben wir gelernt, wie das funktionieren kann.

Wir haben auch gelernt, welches Entwicklungspotenzial der DNR hat. Für mich persönlich war das eine große Motivation, im Herbst 2019 die Leitung des AK Struktur zu übernehmen. Mit diesem Arbeitskreis wurde ein Strukturentwicklungsprozess in Gang gesetzt, der viele offene Fragen aufgeworfen hat und in den nächsten Jahren sicher noch viel Engagement und konstruktive Impulse aus den Mitgliedsverbänden erfordern wird.

KURZ GESAGT ... ELISABETH EMMERT

DNR-PRÄSIDIUM, LÄNDLICHER RAUM, WALD UND JAGD

Die dominierende walddpolitische Diskussion im Jahr 2019 drehte sich eindeutig um die aufgrund des Klimawandels dramatische Situation in großen Teilen der deutschen Wälder. Zu wenig Niederschlag, viele Stürme, Hitzewellen und langanhaltend Dürreperioden setzen auch unseren Wäldern immer mehr zu. Besonders betroffen sind naturferne Monokulturen aus Fichten und Kiefern, doch inzwischen zeigen auch Laubhölzer, vor allem die Buche, Ausfalls- und Absterbeerscheinungen. Wir befinden uns in einer sich weiter schnell verändernden, dynamischen Situation, in der es keine einfachen Patentlösungen geben kann.

Der DNR bringt sich aktiv in die aktuelle Diskussion ein und war beispielsweise beim Verbändegespräch „Wald im Klimawandel“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in vorderster Front präsent. Als Dachverband konnten wir unsere Positionen ebenso im Rahmen des Waldgipfels im September oder der Diskussion zur Waldstrategie 2050 aktiv einbringen.

Bei der Wiederbewaldung von Freiflächen und im Rahmen des Waldumbaus zu naturnahen Mischbeständen sind Sukzessionsprozesse und Naturverjüngung bevorzugt zu nutzen. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn die Bestände des Schalenwilds wie Rehe und Hirsche so niedrig gehalten werden, dass sie nicht durch übermäßigen Verbiss das Aufkommen der Pflanzen zunichtemachen. Auch die Wiederaufforstung von Kahlflecken muss ohne Schutzmaßnahmen wie Zäune oder Einzelschutz möglich sein.

Um die unter Stress stehenden Wälder besser gegen die Auswirkungen der Klimakrise zu schützen, hat ihre Bewirtschaftung naturverträglich und ökologisch zu geschehen.

Zum langfristigen Walderhalt sind zügige und konsequente Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen. Auf allen politischen Ebenen von der Kommune bis zur europäischen Ebene und global sind verbindlich wirksame Maßnahmenpakete zu beschließen und umzusetzen.



KURZ GESAGT ... UNDINE KURTH

DNR-VIZEPRÄSIDENTIN, ARTENSCHUTZ, TIERSCHUTZ, KULTUR, RELIGIONEN UND UMWELTSCHUTZ

Klimawandel, Biodiversitätsverlust und die Europawahl haben im Jahr 2019 die öffentliche Wahrnehmung und Diskussion dominiert. Zusätzlich gab es viele Themen, die wir erfolgreich nach vorn gebracht haben. Die eindeutige Positionierung im Tier- und Artenschutz – egal ob Initiativen gegen Hermesbürgschaften für tierschutzwidrige Stallanlagen außerhalb der EU oder beim Schutz von Wildtieren in Zirkussen oder im Handel. Erfolgreich waren wir durch die koordinierte Zusammenarbeit unserer Mitglieder und ihrer hochkarätigen Expertise.

Aber auch in Gremien „außerhalb“ unserer Reihen, wo wir als DNR Sitz und Stimme haben, konnte ich für unsere Themen viel erreichen.

Im Beirat des Kompetenzzentrums Naturschutz und Energiewende (KNE) war unser Engagement als Naturschützer ausschlaggebend, dass sich die Arbeit des KNE dezidiert mit Naturschutzfragen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien auseinandergesetzt hat.

Die Arbeiten zu technischen Systemen zur Vermeidung von Vogelkollisionen an Windkraftanlagen, zur Naturverträglichkeit von Solaranlagen oder zur Qualitätssicherung von Artenschutzgutachten zeigen dies deutlich.

Eine besondere Herausforderung war und ist die Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen und antisemitischen Bewegungen in unserer Gesellschaft, von der auch der Naturschutz leider nicht unberührt bleibt. Das hat den DNR veranlasst, sich beispielhaft mit der Rolle der Verbände und ihrer Geschichte auseinanderzusetzen. So haben wir zusammen mit der Stiftung Naturschutzgeschichte, in deren Kuratorium wir als DNR vertreten sind, ein Projekt auf den Weg gebracht, das sich damit befassen soll, wie Naturschutzverbände im sogenannten Dritten Reich mit ihren jüdischen Mitgliedern umgegangen sind und welche Lehren daraus für die Auseinandersetzung mit extremistischen Tendenzen heute zu ziehen sind.

KURZ GESAGT ... SEBASTIAN SCHÖNAUER

SCHATZMEISTER, WASSER- UND BODENSCHUTZ, WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK, LEITUNGSKREIS FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG

2019 war ein gutes Jahr für Europas Gewässerschützer*innen, denn nach langem Zögern hat die EU-Kommission die Wasserrahmenrichtlinie für „fit for purpose“ erklärt und auf eine Änderung der Richtlinie verzichtet. In der #ProtectWater-Kampagne zur EU-Konsultation für die EU-Wasserrahmenrichtlinie hatten fast 400.000 Menschen EU-weit ihre Stimme für den Erhalt dieses wichtigen und fordernden EU-Rechts abgegeben und damit, unterstützt von Bundesumweltministerin Svenja Schulze für eine konsequente Umsetzung des seit dem Jahr 2000 gültigen Ziels „guter Zustand“ unserer Gewässer auf nationaler Ebene gestimmt. Bundes- und Länderregierungen müssen nun die dafür notwendigen finanziellen, personellen, rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen schaffen.

Im November 2019 luden die deutschen Umweltverbände unter dem Thema „Gewässerschutz geht nur gemeinsam! Was ist nötig, um den Zustand unserer Gewässer zu verbessern?“ nach Dessau ins Umweltbundesamt ein, wo in einer intensiven Debatte mit den Regierungsvertreter*innen die Defizite benannt und notwendigen Maßnahmen besprochen wurden. Dazu gehören neben Abbau von umweltschädlichen Subventionen auch die Reduzierung der Schadstoffbelastung. Nur so können unsere Gewässer ihren Beitrag zur Daseinsvorsorge leisten und ihre gesellschaftlich relevanten Funktionen wie Trinkwasserbereitstellung, Hochwasserschutz, Kohlenstoffspeicher, Nähr- und Schadstoffrückhaltung und Erholungsraum auf Dauer erfüllen.

Beim Schutz unserer Gewässer vor Nitrateinträgen hat die EU-Kommission 2019 nach 28 Jahren die „Reißleine“ gezogen, Deutschland verklagt und konkrete Maßnahmen insbesondere im Düngerecht eingefordert, um die Ziele der EU-Nitratrichtlinie endlich umzusetzen. Wenn Deutschland nicht angemessen reagiert, drohen millionenschwere Strafzahlungen.

Mit großer Besorgnis haben die Verbände die Debatte um die Gemeinnützigkeit von Vereinen beobachtet. Versuche, auch Umweltverbänden die Gemeinnützigkeit zu entziehen, werden vom DNR aufs Schärfste verurteilt. Das Vorgehen gegen Attac, Deutsche Umwelthilfe, Campact oder den BUND Hamburg wertet der DNR nicht nur als einen Versuch, einzelne Organisationen einzuschüchtern, sondern als einen Angriff auf die Zivilgesellschaft insgesamt. Der DNR hat in einer breiten Verbändeallianz eigene Anforderungen an eine Änderung des Gemeinnützigkeitsrechts vorgelegt, um bestehende Rechtsunsicherheiten zu beseitigen.

KURZ GESAGT ... LUDWIG WUCHERPFENNIG

*DNR-PRÄSIDIUM, ZUSTÄNDIG FÜR TOURISMUS, VERKEHR,
ÖKOLOGISCHE STADTENTWICKLUNG UND ALPENKONVENTION*

Die Schwerpunktthemen meines Ressorts sind aktuell der Tourismus, der Verkehr, die ökologische Stadtentwicklung sowie die Alpenkonvention. In diesem Zusammenhang vertrete ich den DNR im Beirat „Umwelt und Sport“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie bei der Bundesplattform Wald - Sport, Erholung, Gesundheit (WaSEG) beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

Der Beirat „Umwelt und Sport“ unter Leitung von Prof. Rolf Roth von der Deutschen Sporthochschule hat im Jahr 2019 seine Arbeit am Positionspapier „Nachhaltiger Sport 2030 - Verantwortung für Natur, Umwelt und Gesellschaft“ abgeschlossen und zwischenzeitlich beim BMU auch veröffentlicht.

Und auch die WaSEG hat 2019 ihr Positionspapier zum Sport und Wald, der Erholung und Gesundheit fertiggestellt und veröffentlicht.

Durch meine ehrenamtliche Funktion im Kuratorium Sport und Natur sowie im Club Arc Alpin muss ich leider feststellen, dass die Aufgaben der Alpenkonvention weiterhin nicht so recht vorankommen. Der Erschließungswahn in den Alpen ist immer noch nicht gestoppt. Der Verkehr, Pumpspeicherwerke und die touristische Infrastruktur sind dabei die großen Treiber.

Ein Schwerpunkt der Arbeit 2019 waren die Walddialoge und die Waldstrategie 2050. In Zeiten des Klimawandels, der Dürre und des Käferbefalls bedürfen die Wälder besonderer Aufmerksamkeit. Der Wald hat aber auch eine große Bedeutung für unsere Bevölkerung durch seine Erholungsfunktion. Dies gilt im besonderen Maße für die Ballungsräume des Landes. Somit besteht hier ein direkter Bezug zum Verkehr. Es ist zwingend geboten, dass die Mobilitätswende als eine wichtige Aufgabe des Natur- und Umweltschutzes vorangebracht wird.

KURZ GESAGT ... LUDWIG SOTHMANN

*DNR-PRÄSIDIUM, NATURSCHUTZ, BIODIVERSITÄTSSICHERUNG,
UMWELTBILDUNG, WINDENERGIE AN LAND, ÖKOLOGISCHER
LANDBAU*

Im Jahr 2019 standen im politischen Raum wichtige Entscheidungen an, die zentrale Aufgabenstellungen des DNR betreffen. Das ganze Feld der permanenten, nicht gebremsten Ausdünnung der biologischen Vielfalt, besonders in der modernen Agrarwirtschaft, muss im Fokus der GAP-Reform, der Ackerbaustrategie, der Zukunftskommission Landwirtschaft stehen. Überlagert wird dies von dem problemverstärkenden Phänomen der viel zu hohen Durchschnittstemperaturen, der neuen jahreszeitlichen Niederschlagsverteilung und der zumindest über die letzten Jahre andauernden unterdurchschnittlichen Regenfälle mit entsprechenden Trockenschäden. Ein zentrales Feld der DNR-Aktivitäten muss es sein, Biodiversität zu erhalten und die Klimaveränderung einzubremsen.

Als wieder einmal die illegale Tötung mehrerer Greifvögel (besonders Rotmilane) öffentlich wurde, haben wir eine konsequentere Verfolgung dieses Mordens mit Gift und Waffe angeregt. Wir haben für den Vollzug entsprechende Strukturen in der Justiz gefordert, und zwar in jedem Polizeipräsidium einen festen Ansprechpartner für illegales Töten von Wildtieren und wenigstens eine Sonderstaatsanwaltschaft für jedes Bundesland für diesen Straftatbestand.

Das Zeitalter der fossilen Energien muss überwunden werden, regenerative Energien sind massiv auszubauen. Dies muss naturverträglich geschehen. Dieser Weg ist konfliktreich. Ich habe mich im DNR wie in der Fachagentur Wind an Land intensiv für dieses Thema eingesetzt. In den Diskussionsrunden unter dem Dach des DNR wurde im Rahmen der §§ 44 und 45 BNatschG ein offener Umgang mit diesem schwierigen Thema erreicht, weil sich die Erkenntnis immer mehr durchsetzt, dass viele unserer terrestrischen wie aquatischen Artenschutzinitiativen an ihre Grenzen stoßen, wenn wir die Klimaerwärmung nicht in den Griff bekommen. Wir müssen im Rahmen (nicht im Ziel) über das Pariser Abkommen hinausgehen. Ein wichtiger Schritt dazu muss eine einheitliche Regelung von Vorranggebieten für Windenergieausbau und Dichtezentren für den Artenschutz sein. Hier hapert es schon an klaren Festlegungen, was unter räumlichen und qualitativen wie quantitativen Gesichtspunkten als Dichtezentren definiert wird und für welche Arten sie gelten sollten.

Neben der Koordination seiner Mitgliedsverbände muss es eine zentrale Aufgabe des DNR sein, den Naturschutz durch innovative Ideen und Anregungen voranzubringen. Hierzu müssen geeignete Strukturen innerhalb des DNR aufgebaut werden, die themengebunden, konzentriertes, aktives Handeln in unseren Mitgliedsverbänden anregen und aufeinander abstimmen.

KURZ GESAGT ... GERLINDE HOFFMANN

DNR-PRÄSIDIUM, SPORT, FREIZEIT, ERHOLUNG

Das breite gesellschaftliche Bündnis, das dem Deutschen Naturschutzring seit knapp 70 Jahren die Treue hält, macht diesen Zusammenschluss zu einem weltweit ganz besonderen Verband. Auf der Plattform, die der Ring umschließt, sammeln sich auch Meinungen und Schwerpunkte, die auf den ersten Blick unvereinbar scheinen. Ja, mitunter erstaunt geradezu, dass das Bündnis schon sieben Jahrzehnte lang besteht! Doch alle verbindet die Sorge um die Natur und einzigartige Lebensräume. Dazu gehört die Bewahrung charakteristischer Landschaften, die wir erhalten müssen, damit sie künftig erlebbar bleiben und vor allem die Gewissheit, dass Vielfalt Grundlage allen Lebens ist!

Daher ist das wichtigste Anliegen des Deutschen Naturschutzrings ganz viele gesellschaftliche Gruppen durch sachliche Überzeugungsarbeit für die gemeinsame Sache zu begeistern und mitzunehmen. Einfach ist das häufig nicht: In einer digitalen Zeit, in der sich Positionen und Meldungen in Sekundenschnelle weit verbreiten, besteht immer wieder die Versuchung, schnell verfasste Statements zu unterschiedlichsten Themenkomplexen mit nur einigen jeweils besonders aktiven Verbänden zu diskutieren. Doch das kann unser Ziel nicht sein, denn der Deutsche Naturschutzring ist stets verpflichtet, Positionen auf die breite Basis der Mitglieder zu stellen. In diesem Sinne gilt es, den DNR als einmaliges gesellschaftliches Bündnis zukunftsfähig weiterzuentwickeln!



© Mitchell Luo - unsplash

KURZ GESAGT ... PROF. DR. HERMANN OTT

ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK, INTERNATIONALE NATUR- UND UMWELTSCHUTZPOLITIK, RESSOURCENPOLITIK UND POSTWACHSTUM

Bei dem von mir im Präsidium mit begleitetem Thema „Klimapolitik“ hat 2019 zweifellos eine kleine Revolution stattgefunden: Ausgehend von den ‚Fridays For Future‘ – Protesten war das Thema plötzlich „heiß“. Die erste wirklich globale Bewegung der Zivilgesellschaft sorgte dafür, dass die politischen Akteure in Deutschland und vielen anderen Staaten unter Druck kamen. Zwar wurde das Thema im Jahre 2020 durch die Corona-Krise etwas in den Hintergrund gedrängt, doch hat sich gezeigt, dass die Proteste in den Sommermonaten wieder zunahmten und zumindest nicht aus den Köpfen der Jugend (und vieler Älterer...) verschwunden ist.

Die Bundesregierung hat sich in der Klimapolitik nicht mit Ruhm bekleckert: Das Klimagesetz zu schwach, der Kohleausstieg zu spät (2038), der Ausstiegspfad nicht linear (wie von der „Kohlekommission“ empfohlen), die Regelung durch öffentlich-rechtliche Verträge nicht sicher – und vor allem alles viel zu teuer. Deutschland ist, abgesehen von einigen osteuropäischen Staaten, das Schlusslicht in der Kohlepolitik. Hier hat sich der DNR als wichtigstes Koordinations- und Vernetzungsgremium der Verbände für den Umweltschutz profiliert.

Unsere Arbeit für den Klimaschutz, den Schutz der biologischen Vielfalt, den Landschafts-, Boden- und Gewässerschutz wird in den kommenden Jahren noch wichtiger werden: Die Erde zeigt uns die Grenzen des Wachstums durch vielfältige Symptome auf (Waldbrände, Dürren, Fluten, Rückgang des arktischen Meereises u.v.m.), doch die politischen Systeme scheinen immer weniger in der Lage, dieser Herausforderung angemessen zu begegnen. Deshalb ist eine starke Zivilgesellschaft – organisiert in den Verbänden und unorganisiert wie bei Fridays For Future – ein immer wichtigerer Faktor.



© Vladimír Sládek - Pixabay

IM FOKUS

VERNETZUNG UND VERBANDSARBEIT



„Die Vernetzung und der intensive Austausch mit Akteuren aus verschiedenen Bereichen wird angesichts des notwendigen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft immer wichtiger. Wenn wir den Erhalt der Biodiversität, die Energiewende oder die Verkehrswende erreichen wollen, müssen wir auf alle relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen zugehen und nach gemeinsamen Lösungen suchen. Dabei geht es nicht um das „ob“, sondern um das „wie“ einer erfolgreichen Transformation. Eine häufig mühevoll und kleinteilige Abstimmung von Positionen in breiten Verbänderunden ist deshalb eine unverzichtbare Kernaufgabe für einen Dachverband wie den DNR“.

– Florian Schöne, Politischer Geschäftsführer



DAS VORHABEN IM INTERNET:

www.dnr.de



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Helga Inden-Heinrich (bis 03/19)

Karen Thormeyer (ab 03/19)

DEUTSCHER NATURSCHUTZTAG (DNT)

Die Vorbereitungen für den Deutschen Naturschutztag 2020, bei dem der DNR einer der vier Veranstalter ist, beanspruchten die Kapazitäten von Geschäftsführung, Naturschutzkoordination und Präsidium. Zusätzlicher Arbeitsaufwand entstand durch die Mitarbeit im neu ins Leben gerufenen Innovationsteam. Das Innovationsteam soll Ideen für die Modernisierung des Kongresses und die Ansprache neuer Zielgruppen ab 2022 entwickeln. Aber auch im Jahr 2020 sollten schon erste Ideen wie z.B. die digitale Beteiligung des Kongresspublikums in die Kongressorganisation einfließen. Beteiligt am Innovationsteam waren ebenso wie am Vorbereitungsteam Vertreter*innen der vier Organisatoren: Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) e. V., Bundesamt für Naturschutz, das hessische Umweltministerium sowie der DNR.

BÜNDNIS FÜR GEMEINNÜTZIGKEIT (BFG)

Das Bündnis für Gemeinnützigkeit ist ein Zusammenschluss von großen Dachverbänden und unabhängigen Organisationen des Dritten Sektors sowie von Experten und Wissenschaftlern. Ziel ist es, Identität, Gewicht, Außenwirksamkeit und kooperative Aktionsfähigkeit des Dritten Sektors gegenüber Politik und Verwaltung zu stärken. Im Jahr 2019 standen die Entwicklungen im Bereich des Gemeinnützigkeitsrecht im Fokus.

Die Hauptthemen der im April durchgeführten Klausur waren das Urteil des Bundesfinanzministeriums zu attac und die daraus entstandenen Erwartungshaltungen der Verbände zur Reaktion des BfG. Festgestellt wurde, dass durch die Struktur des Bündnisses als Verband der Dachverbände und der damit verbundenen langen Abstimmungsprozesse, sowie durch deren Heterogenität eine zeitnahe Reaktion auf solche Prozesse nicht möglich ist. Verschiedene Dachverbände aus dem Bündnis für Gemeinnützigkeit trafen sich daraufhin im Mai beim DNR zum Thema Shrinking Space und Gefährdung Zivilgesellschaft mit dem Ziel, künftig auf politische Initiativen schneller gemeinsam zu reagieren.

JURY UN-DEKADE BIOLOGISCHE VIELFALT

Der DNR hat an den beiden jährlich stattfindenden Jurysitzungen der „UN-Dekade Biologische Vielfalt“ teilgenommen. Auch in diesem Jahr wurden wieder zahlreiche interessante, innovative Projekte ausgezeichnet – viele auch aus den DNR-Mitgliedsorganisationen.

ZUKUNFTSPILOTEN

Der Kurs Zukunftspiloten ist ein Weiterbildungsprogramm für junge Umweltengagierte. Träger ist der DNR in Kooperation mit der Bewegungsakademie. Der Kurs musste aus Gründen fehlender Finanzierung immer wieder pausieren und wurde mit minimalem Budget – ausschließlich finanziert

durch Teilnehmer*innenbeiträge und Spenden – fortgeführt. Seit 2018 wird der Kurs aus dem DNR-Haushalt mit 20.000 Euro bezuschusst. Hinzu kommen Spenden Ehemaliger.

Die Seminare, Webinare und weiteren Lernressourcen spannten in neun Monaten einen weiten Bogen von Moderation und Arbeiten im Team, über strategische Kampagnen- und Projektplanung, hin zu Kommunikation, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Leadership und Change Management. Darüber hinaus offerierte der Kurs einen einzigartigen Zugang in ein lebendiges Netzwerk von inspirierenden Umweltaktiven in Initiativen, Verbänden und der Politik.

BILDUNGSMESSE DIDACTA 2019 IN KÖLN

Auf Wunsch der Mitgliedsverbände organisierte und begleitete der DNR einen Stand auf der Bildungsmesse „didacta“ in Köln. Beteiligt waren die Mitgliedsorganisationen ANU mit ihrem Projekt von Naturgut Ophoven, NABU und NAJU mit dem Projekt OstseeLIFE sowie VDST mit dem gemeinsamen Projekt der Natursportorganisationen im DNR „Gemeinsam geht's – Natursport und Klimawandel“. Die Kosten wurden anteilig nach Standgröße und Equipment auf die beteiligten Mitgliedsorganisationen umgelegt. Im Rahmen des Projekts „Gemeinsam geht's – Natursport und Klimawandel“ wurden die dafür neu erstellte App sowie Roll-ups präsentiert.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHE PLATTFORM FORSCHUNGSWENDE

Der DNR ist aktives Mitglied an der Zivilgesellschaftlichen Plattform Forschungswende. Themen waren 2019 insbesondere der Umgang mit und die Reaktion auf die Besetzung des neuen High-tech-Forums, in das ausschließlich Vertreter*innen aus der Wissenschaft und Wirtschaft und keine Vertreter*innen der Zivilgesellschaft berufen wurden. Die Verbände haben sich darauf verständigt, in einem gemeinsamen Schreiben ihr Unverständnis über die Besetzung des Forums auszudrücken.

Ein weiteres Thema war die Zukunft der Zivilgesellschaftlichen Plattform Forschungswende, die ihre Arbeit nur ohne die alleinige Abhängigkeit von Projektmitteln qualifiziert fortführen kann. Dazu fand unter anderem eine gemeinsame Klausur der beteiligten Verbände statt. Ergebnis war der Wunsch nach einer Rechtsträgerschaft der Plattform durch den DNR mit einer Finanzierung durch einige der Trägerverbände.

DIE HEIMAT NICHT DEN RECHTEN ÜBERLASSEN

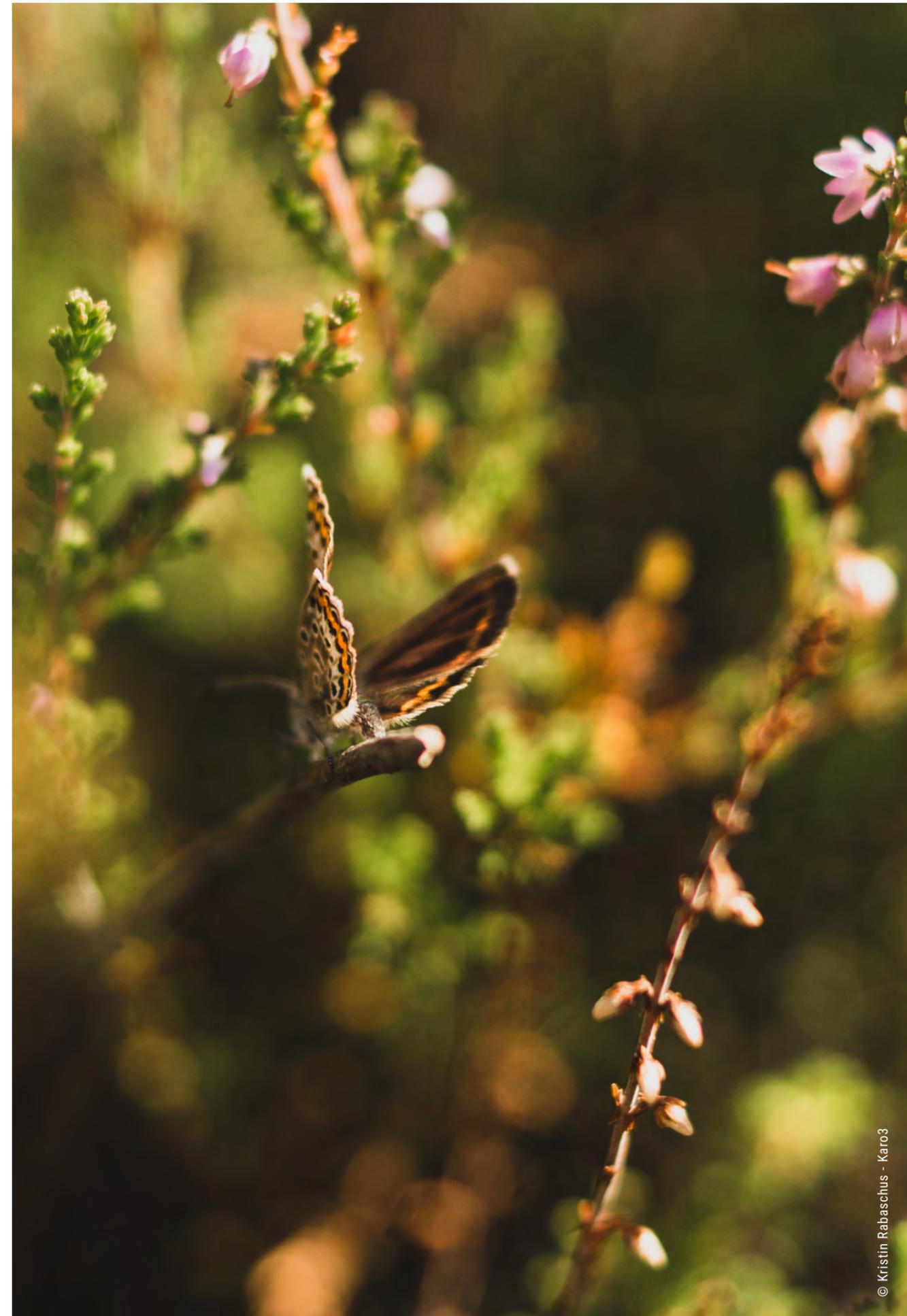
Umweltpolitik und ökologisches Denken werden oft mit alternativen Lebensweisen und einem emanzipatorischen Demokratieverständnis verbunden. Diese Annahme trifft nur bedingt zu. Der Schutz heimischer Wälder, die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe oder der Einsatz für das Tierwohl – die extreme Rechte greift Natur- und Umweltschutzthemen auf, um ihre Ideologie in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Deutlicher wird es bei dem Losung „Umweltschutz ist Heimatschutz“. Besonders gefährlich ist die Vorgehensweise der Rechten, weil die wahren Motive dieser „Natur- und Tierschützer*innen“ nicht auf den ersten Blick zu erkennen sind.

Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen sind die Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen in der Pflicht, sich des Themas Rechtspopulismus anzunehmen und eine aktive Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus in den Verbandsstrukturen vor Ort zu befördern.

Bei der Abendveranstaltung im Vorfeld der DNR-Mitgliederversammlung im November 2019 wurden aktuelle Forschungsergebnisse zu diesem Themenkomplex vorgestellt und gegenwärtige Trends aufgezeigt. Im Anschluss daran wurden im Kreise der Mitglieder aktuelle Herausforderungen und Gegenmaßnahmen diskutiert, die in Argumentationshilfen und Handreichungen für die Mitgliedsorganisationen eingeflossen sind.

IN EIGENER SACHE: HELGA INDEN-HEINRICH VERABSCHIEDET

Ende März 2019 ist eine Ära zu Ende gegangen: Am 26. März wurde die langjährige DNR-Verwaltungsgeschäftsführerin Helga Inden-Heinrich offiziell in den Ruhestand verabschiedet. Sie hat sich 36 Jahre lang nachhaltig, ausdauernd und kämpferisch für den Natur- und Umweltschutz im DNR eingesetzt. Dafür sagen wir auch an dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank!



DNR-TRÄGERSCHAFT: FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG



„Zahme Vögel träumen von Freiheit.
Wilde Vögel fliegen.“

– Jürgen Maier



DAS VORHABEN IM INTERNET:

www.forumue.de



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Jürgen Maier	Marie-Luise Abshagen
Anne Bundschuh	Marijana Todorovic
Christian Schwarzer	Nelly Grotefendt
Elisabeth Staudt	Ramona Bruck
Josephine Koch	Wolfgang Obenland
László Máráz	Rieján Abo Ward

Das Forum Umwelt und Entwicklung (FUE), gegründet 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio, hat 41 Mitgliedsorganisationen und koordiniert die Arbeit deutscher Nichtregierungsorganisationen an der Schnittstelle von Umwelt und Entwicklung sowie Nachhaltigkeit. Dafür gibt es acht Arbeitsgruppen und verschiedene Projektinitiativen. Beim Forum sind ebenfalls die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ und das Netzwerk Gerechter Welthandel angesiedelt. Der DNR ist Rechtsträger des Forums. Viermal im Jahr erscheint der Rundbrief des Forums. Schwerpunktthemen im Jahr 2019 waren Umweltgesetzgebung, Neue Gentechnik, Umsetzung der SDGs sowie Chemikalienpolitik.

NACHHALTIGKEITSZIELE / 2030-AGENDA

Zuständig: Marie-Luise Abshagen, Elisabeth Staudt

Die UN-Nachhaltigkeitsziele und ihre nationale Umsetzung sind ein Schwerpunktthema des Forums. Das Forum koordiniert die NGO-Arbeit in Deutschland dazu weit über die Mitgliedschaft des FUE und des DNR hinaus. Zahlreiche interne und öffentliche Veranstaltungen sowie Lobby- und Konsultationstermine mit Bundeskanzleramt, Ministerien und Abgeordneten des Deutschen Bundestags wurden organisiert.

Auf nationaler Ebene ist das FUE Mitglied einer 2018 eingerichteten Dialoggruppe zum Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung, die regelmäßig vor den Sitzungen der Staatssekretäre zusammenkommt und die Koordination der zivilgesellschaftlichen Vorbereitung übernimmt. Die Dialoggruppe tagte im März, August und Oktober und Januar. Thema waren Internationale und Europäische Nachhaltigkeitspolitik, Digitalisierung, Verkehr und Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Ein wichtiges Ergebnis der Zusammenarbeit mit Verbänden war die Erarbeitung der zivilgesellschaftlichen Erklärung zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik „Genug herausgeredet – Höhenangst vor dem UN-Gipfel“, die von 137 Organisationen unterzeichnet wurde. Im Vordergrund der Arbeit des Netzwerks 2030 standen die Transformationskonferenz und der Schattenbericht.





Die Vorbereitungen zur Überarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie 2020 starteten im Herbst 2019, wobei der Fokus auf einer Verbesserung der Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen liegt. In der internationalen Nachhaltigkeitspolitik standen 2019 die Europawahl, die Vorbereitung des High Level Political Forums (HLPF) sowie die Erarbeitung einer neuen Strategie der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments im Vordergrund.

Im Rahmen des HLPF in New York wurde gemeinsam mit der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik, Brot für die Welt und Together 2030 das Side Event „Checks-and-Balances Wanted – How to better engage Parliaments in the 2030 Agenda“ organisiert. Darüber hinaus stand der Austausch mit Vertreter*innen deutscher, europäischer und internationaler Zivilgesellschaft im Vordergrund.

HANDELPOLITIK SOWIE INITIATIVE KONZERNMACHT BESCHRÄNKEN

Zuständig: Nelly Grotefendt. AG-Koordination: Tobias Reichert (Germanwatch).

Die Forum Umwelt und Entwicklung hat auch im Jahr 2019 insbesondere die Themen internationale Handelspolitik, Wettbewerb und Digitalisierung betreut und vertieft.

Schwerpunkt waren aktuelle Fragen zu E-Commerce, Datenhandel und Regulatorische Kooperationen. Hinzu kamen die Veranstaltungsreihe „Zivilgesellschaftliches Außenwirtschaftsforum“ sowie die Aktivitäten im Rahmen des Europäischen Netzwerkes/S2B zu der Kampagne gegen Konzernklagerechte, der sogenannten Investor-Staat-Streitbeilegung.

Die AG Handel konzentriert sich insbesondere auf den fachlichen Austausch zu Einzelabkommen sowie pluri- und multilateralen Abkommen. Darüber hinaus standen im Zentrum der handelspolitischen Arbeit auf Bundes- wie auch auf europäischer Ebene die Abkommen EU – Vietnam, EU – Mercosur, EU – Mexiko, EU – China, EU – USA, EU – Kanada, die Arbeit zum multilateralen Schiedsgerichtshof (MIC) und die Arbeit zur Energiecharta (ECT). Anlässlich des 60-jährigen Bestehens des bilateralen Investitionsabkommens Deutschland – Pakistan (BIT) wurde eine Studie veröffentlicht.

2019 war zudem das Jahr der EU-weiten Kampagne „Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen“, die sich bemüht hat, die Forderungen nach einem Ende des Konzernklagemechanismus

mit der Forderung nach mehr verbindlichen Sorgfaltspflichten für Konzerne zu verbinden. Die Kampagne sammelte im Laufe des Jahres eine gute dreiviertel Million Unterschriften und diente insbesondere der Netzbildung und -stärkung sowie der Weiterbildung der Aktiven und der Öffentlichkeit.

NETZWERK GERECHTER WELTHANDEL

Zuständig: Anne Bundschuh

Das Netzwerk Gerechter Welthandel ist das Nachfolgebündnis der diversen Bündnisse gegen TTIP mit aktuell 56 Mitgliedsorganisationen. Die Koordinationsstelle ist beim FUE angesiedelt. Neben regelmäßigen Netzwerktreffen, Telefonkonferenzen, Fachgesprächen und Webinaren fand der globale Aktionstag gegen Chevron und der bundesweite dezentrale Aktionstag statt.

Ein Schwerpunkt im Jahr 2019 lag auf der europaweiten Kampagne „Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen!“, die von etwa 200 Organisationen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen getragen und von Januar 2019 bis Januar 2020 durchgeführt wurde. Die Kampagne forderte die Abschaffung von Sonderklagerechten für Konzerne, die durch Handels- und Investitionsabkommen wie TTIP oder CETA gewährt werden. Stattdessen sollen Konzerne konsequent für Verstöße gegen Umweltschutz und Menschenrechte haftbar gemacht werden können, beispielsweise durch die Verabschiedung eines UN-Abkommens für Wirtschaft und Menschenrechte (Binding Treaty) oder durch nationale Lieferkettengesetze.

Ein weiterer Schwerpunkt war das EU-Kanada-Abkommen CETA, das seit 2017 zu großen Teilen vorläufig angewendet wird. Unter anderem die Sonderklagerechte für Konzerne können jedoch erst in Kraft treten, wenn die Parlamente aller EU-Mitgliedsstaaten das Abkommen ratifiziert haben. Da somit auch die jeweiligen Landesregierungen im Bundesrat noch über CETA abstimmen werden, wurden Wahlprüfsteine zu CETA vor den Landtagswahlen 2019 in Brandenburg, Sachsen, Thüringen, sowie vor der Bürgerschaftswahl in Hamburg im Februar 2020 verschickt.

Außerdem wurde die deutsche NGO-Vernetzung zum EU-Mercosur-Abkommen weiter vorangetrieben.

Webseite des Netzwerkes: www.gerechter-welthandel.org

ROHSTOFFPOLITIK

Zuständig: Josephine Koch

Das FUE hatte auch 2019 einen Sitz in der deutschen „Multistakeholder-Gruppe“ der „Extractive Industries Transparency Initiative“ (EITI). Diese internationale Initiative verbessert die Transparenz über Finanzflüsse im Rohstoffsektor. Das FUE hat gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Mitgliedern die Debatte intensiv begleitet. Drei Meilensteine prägten die deutsche Umsetzung der internationalen Transparenzinitiative im Rohstoffsektor im Jahr 2019: Die Validierung des deutschen EITI-Prozesses, die Veröffentlichung des zweiten deutschen Berichts und die

Verabschiedung des neuen internationalen EITI-Standards mit den Konsequenzen für den anstehenden dritten D-EITI Report.

Deutschlands EITI-Arbeit und der erste Bericht erfüllen demnach alle wesentlichen Bestimmungen des EITI-Standards. Deutschland gilt nun als vollständiges Mitglied in der EITI. Das internationale EITI-Board hat in einem Statement zum endgültigen Validierungsergebnis Deutschland v.a. die umweltbezogenen Informationen im Bericht, die allesamt auf die Initiative der Zivilgesellschaft zurückgehen, besonders hervorgehoben. Hierzu zählen die Themen Kompensationen für Eingriffe in die Natur, Wassernutzung, Wasserentnahmeentgelte, Erneuerbare Energien und Subventionen. Im Artikel „Voll konform, voll transparent?“ (Rundbrief 2/2019) wurde das Validierungsergebnis kritisch eingeordnet.

Im Dezember 2019 erschien sodann der zweite deutsche D-EITI Report. In das Kapitel Erneuerbare Energien wurden beispielsweise einige Ergebnisse einer eigens in Auftrag gegebenen Studie über den Bedarf an Energie- und Technologierohstoffen für die Energiewende integriert. Die Zivilgesellschaft hat zudem erwirkt, dass die sogenannte Sonderthemen um Kapitel zu Recycling und Soziales/Beschäftigung im Rohstoffsektor erweitert wurden. So informiert der Bericht nun über Fakten des Recyclings von Primärrohstoffen in Deutschland, den rechtlichen Grundlagen und einigen wichtigen Herausforderungen der Recyclingwirtschaft.

Des Weiteren hat die EITI-Community am 18./19. Juni 2019 auf der EITI-Weltkonferenz einen neuen, weiter entwickelten EITI-Standard beschlossen. Er soll die Anpassung der EITI-Implementierung an die jeweiligen nationalen Prioritäten erleichtern und hat bestehende Anforderungen näher erklärt oder flexibilisiert. Vor allem zivilgesellschaftliche Akteure machten auf der Konferenz klar, dass Umweltthemen und soziale Themen Teil der EITI-Berichte werden müssen, weil sie zu einer echten Kosten-Nutzen-Rechnung im Rohstoffbereich dazu gehören.

Als Mitglied des Koordinationskreises des AK Rohstoffe wurden grundlegende D-EITI relevante Themen regelmäßig rückgekoppelt und an Themen einer Rohstoffwende gearbeitet.

DIALOGPLATTFORM WALD UND AG WÄLDER

Zuständig und AG-Koordination: Laszlo Maráz

Die Dialogplattform Wald ermöglicht einen konstruktiven Dialog zwischen allen Akteuren der nationalen und internationalen Waldpolitik. Sie setzt sich zusammen aus Akteur*innen von Verbänden, Wirtschaft und Politik, um gemeinsam Nutzungskonzepte zum Schutz der biologischen Vielfalt und des Klimas voranzubringen.

Wegen der massiven Auswirkungen der Hitzesommer auf die Wälder geriet die Waldpolitik 2019 stark ins öffentliche Interesse.

Auf nationaler Ebene wurden von der Dialogplattform schnell klare Antworten auf die Waldkrise gefunden und frühzeitig Forstverantwortliche und Bundesregierung (v.a. BMEL) dazu aufgefordert, die Forstpolitik auf schonendere, naturnähere Waldnutzungsmethoden umzustellen. Hierzu waren die Akteure bei zahlreichen Medienauftritten in Fernsehen, Rundfunk und Presse präsent, ebenso

wie bei Anhörungen des BMEL und mehreren forstfachlichen Veranstaltungen. Dabei wurde (u.a. in Offenen Briefen an BMEL und BMU) vor allem die fehlende kritische Analyse der bisherigen Forstpolitik angemahnt, die viel zu lang auf arten- und strukturarme Nadelholzmonokulturen gesetzt hat. Auch unter den Wald-Umweltverbänden konnte man sich auf weitere wichtige Punkte einigen und diese auch prominent in der Öffentlichkeit darstellen: Schadflächen nur behutsam bearbeiten, Pflanzung nur heimischer Baumarten und als Ergänzung zur Naturverjüngung sowie eine intensivere Bejagung des Schalenwildes.

Im Zuge des öffentlichen Interesses am Klimaschutz spielte auch die Themen Bauen mit Holz und Klimaschutz durch Forstwirtschaft und Holznutzung wieder eine Rolle. Bei verschiedenen Gesprächen mit der Bauwirtschaft, dem Holzwirtschaftsrat (Charta für Holz) und in Textbeiträgen wurde versucht, vor allem die sparsame und stofflich möglichst hochwertige Holzverwendung anzumahnen, sowie überzogene Behauptungen (Wald als „Klimaretter Nummer 1“) zu relativieren.

DIGITALISIERUNG

Das Forum veröffentlichte im November das Diskussionspapier „Sustainable Digitalization: Guidelines For A Digitalization We Need For The Future We Want“, das Forderungen zu nachhaltiger Digitalisierung anhand der UN-Nachhaltigkeitsziele aufführt. Dies ist eine Publikation, die auf der 2018 vom Forum veröffentlichten Diskussionswebseite www.sustainable-digitalization.net basiert.

CHEMIKALIEN / SAICM

Mit der internationalen Chemikalienpolitik hat das FUE 2019 einen neuen Arbeitsschwerpunkt begründet. Anlass dafür ist, dass der sogenannte strategische Ansatz zum Internationalen Chemikalienmanagement (Strategic Approach to International Chemicals Management, SAICM) 2020 sein Zieljahr erreicht. Als Multi-Stakeholder-Plattform räumt SAICM der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle in der Erarbeitung einer Reform des Strategischen Ansatzes ein. Durch die Konkretisierung der Ziele und Mechanismen bis 2020 soll deren Umsetzung konsequenter vorangetrieben werden.

Für Hintergrundinformationen wurde auf der FUE-Webseite eine neue Projektteilung eröffnet, wo auch der SAICM News Blog zu finden ist.

Ein wichtiger Ort für die Aufbereitung der Inhalte im Projekt ist der Rundbrief. Die Ausgabe 2/2019 und die Ausgabe 4/2019 haben sich dem Thema schwerpunktmäßig gewidmet.

SCHÖNE NEUE WELT – DAS DUELL

Die Welt verändern – das war das große Thema der „Schönen Neuen Welt“ im Jahr 2018. Sie war eine Zeitreise in die Zukunft, bei der es doch am Ende um die Gegenwart des Jahres 2018 ging. Ein Jahr nach der Reise ins Jahr 2048 haben sich zwei unserer Zeitreisenden, Antonio Gramsci

und Margaret Thatcher, die bei der *Schönen Neuen Welt* präsentierten neun Varianten von Plan A und Plan B angesehen und ihre eigenen Schlüsse daraus gezogen. Antonio Gramsci und Margaret Thatcher traten am 05. Dezember 2019 eine erneute Zeitreise an. Sie wollten es wissen: Was ist plausibler – Plan A oder Plan B?

www.snw2048.de/das-duell



© Stephanie von Becker

DNR-TRÄGERSCHAFT: KAMPAGNE MEINE LANDWIRTSCHAFT/ WIR HABEN ES SATT!



„Der Planet brennt, die Felder verdorren und doch schwimmen wir sprichwörtlich in Milch. Wer glaubt eigentlich noch an das Märchen vom billigen Essen und der grünen Revolution?“

– Saskia Richartz, Bündnissprecherin „Wir haben es satt!“



DAS VORHABEN IM INTERNET:

www.wir-haben-es-satt.de



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Nicola Arnold
Verena Günther
Regine Holloh (z.Z. in Elternzeit)
Johannes Kiefl
Saskia Richartz
Iris Kiefer

WIR HABEN ES SATT! – JAHRESRÜCKBLICK 2019

Die Kampagne Meine Landwirtschaft ist ein breiter Zusammenschluss von rund 55 Organisationen aus Landwirtschaft und Zivilgesellschaft unter Rechtsträgerschaft des DNR. Gemeinsames Anliegen ist der Einsatz für eine Landwirtschaft, in der Tiere artgerecht gehalten, Umwelt und Klima geschützt werden und Bäuerinnen und Bauern von ihren Erzeugnissen gut leben können.

Der Themen-Dreiklang aus klimagerechter Ernährungspolitik, EU-Agrarreformen und fairer Subventionspolitik im Sinne einer bäuerlichen Landwirtschaft hat 2019 viele Menschen mobilisiert und ist auch von der Presse umfangreich aufgegriffen worden. Neben den hier aufgeführten Protest- und Diskussionsveranstaltungen wurde 2019 auch die Vernetzung mit Agrarwende-Bündnissen in ganz Europa – im Rahmen von Good Food Good Farming – und der Klimabewegung in Deutschland ausgebaut.



DER AGRARINDUSTRIE DEN GELDHAHN ZUDREHEN!

Die Anzahl und Kreativität der Teilnehmer*innen der „Wir haben es satt!“-Demo am 19. Januar 2019 hat alle Beteiligten erneut überwältigt. Es demonstrierten rund 35.000 Menschen für eine zukunftsfähige Agrarreform zum Auftakt der „Grünen Woche“ in Berlin. Lautstark forderten die Demonstrant*innen: Schluss mit der falschen Agrarpolitik! Die Politik muss der Agrarindustrie endlich den Geldhahn zudrehen und mit EU-Agrargeldern nur noch den umwelt- und tiergerechten Umbau der Landwirtschaft finanzieren.

Die 171 Bäuerinnen und Bauern, die mit ihren Traktoren den Demonstrationszug anführten, überreichten bereits am Morgen vor Beginn der Demonstration ihre Protestnote an die rund 75 versammelten Agrarminister*innen der internationalen Agrarministerkonferenz.

Die unfaire und nicht zielführende Verteilung der EU-Agrargelder wurde vom Bündnis auch ein paar Tage vor der Demo mit der Einweihung des Mahnmals der Ungerechtigkeit vor dem

Bundeslandwirtschaftsministerium kritisiert. Auch das traditionelle Rahmenprogramm aus Schnip-pel-Disko am Vorabend der Demonstration und spannenden Kurzvorträge des „Soup’n’ Talk“ in der Heinrich-Böll-Stiftung wurde jeweils von deutlich mehr als 1.000 Teilnehmer*innen besucht.

BEATS & BOHNE FESTIVAL

Das zweite, große „Wir haben es satt!“-Highlight 2019 war das Beats & Bohne-Festival. Vom 20.-23. Juni trafen sich rund 500 Teilnehmer*innen auf dem Dottenfelder Bio-Hof nahe Frankfurt am Main für zahlreiche Workshops, Aktivwerkstätten, Führungen, Diskussionsveranstaltungen sowie ein buntes Kulturprogramm mit Theater, agrarpolitischem Kino und Musik. Das Festival unterstützte den Austausch und die Vernetzung von jungen Menschen aus Stadt und Land und aus den unterschiedlichen Bereichen von Naturschutz bis zu Konsument*innen und Produzent*innen.

Eine Vielzahl an Jugend- und Trägerorganisationen beteiligten sich an der Konzeption und Umsetzung des Workshop-Programms. Außerdem boten Beschäftigte des Hofes zahlreiche praktische Einblicke in die Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion.

Das Festival wurde unter Beteiligung der hessische Landwirtschaftsministerin, dem zuständigen Bürgermeister und der Hofgemeinschaft eröffnet, und die politischen Forderungen wurden deutlich in der lokalen und überregionalen Presse-Berichterstattung kommuniziert.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE AGRARWENDE DEMO VOR DEM EU-PARLAMENT

Gemeinsam mit dem französischen Schwesterbündnis „Pour une autre PAC“ organisierte die Kampagne im Oktober 2019 eine Demo über die deutsch-französische Grenze bis vor das Europaparlament in Straßburg. Ziel war es, die neu gewählten EU-Parlamentarier*innen auf eine zukunftsfähige Agrarreform einzuschwören. Gut 1.000 Demonstrant*innen aus 15 europäischen Ländern forderten in einer Kundgebung und mit Plakaten und Musik das Umschwenken in der EU-Agrar- und Förderpolitik.



Im Anschluss an die Demonstration wurden Protestpostkarten an die Vertreter*innen der demokratischen Parteienbündnisse im Parlament überreicht. Diese Protestpostkarten waren im Rahmen des Aktionsmonats der Kampagne Good Food Good Farming von Menschen in ganz Europa bemalt und beschrieben wurden. Viele Organisationen nutzten zudem die Demo-Präsenz, um auch vor und nach der Demo in Einzelgesprächen den politischen Druck zu erhöhen.

REGIONAL-PROTESTE

Die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ beteiligte sich zudem in den Sozialen Medien an den Protesten zur Bayer-Hauptversammlung und unterstützte regionale „Wir haben es satt!“-Demos in Oldenburg, Dresden und Erfurt. Diese waren ebenfalls gut besucht und richteten sich jeweils mit Agrarwende-Forderungen an die Landespolitik; in Sachsen und Thüringen jeweils im Rahmen anstehender Wahlen.

Im September 2019 koordinierte die Kampagne zudem den Ernährungswende-Block in der Berliner Klima-Streik-Großdemonstration und nahm teil sich an der Pressekonferenz von „Fridays for Future“. Im April folgte die Kampagne einer Einladung von Extinction Rebellion und beteiligte sich mit einem Redebeitrag an einer Kundgebung vor dem Berliner Sitz des Deutschen Bauernverbands.



VORSTELLUNG: NEUE MITGLIEDER



AURELIA STIFTUNG

Die Aurelia Stiftung aus Berlin ist eine gemeinnützige Umweltstiftung, die sich speziell für Bienen, bestäubende Insekten und den Erhalt der Artenvielfalt einsetzt.

Bienen- und Artensterben sind ein Weckruf an unsere Gesellschaft und an jeden Einzelnen. Es braucht Mut und positive Konzepte für konkrete Veränderungen. Daran arbeitet die Aurelia Stiftung mit besonderen Fachkompetenz und Leidenschaft für Bienen und Blütenbestäuber.

Als unabhängige Fachexpertin berät die Aurelia Stiftung Politik, Medien und Zivilgesellschaft und kämpft als Anwältin der Bienen gegen die Zulassung bienenschädlicher Pestizide und Gentechnik. Mit ihrem Engagement stärkt sie die Forschung und Allgemeinbildung über Bienen und setzt sich für eine bienenfreundliche Gestaltung von Stadt und Land(wirt)schaft ein. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt liegt aktuell auf der Organisation und Vernetzung basisdemokratischer Volksinitiativen für die Rettung der Artenvielfalt.

Als operativ tätige Stiftung führt Aurelia vor allem eigene Projekte durch, die sie selbst oder gemeinsam mit qualifizierten Partnern entwickelt. Darüber hinaus fördert Aurelia Forschungsvorhaben und Projekte anderer Institutionen.



KONTAKT:

Aurelia Stiftung
Bismarckallee 9
14193 Berlin
Deutschland

TELEFON:

030 / 577003960

E-MAIL:

mail@aurelia-stiftung.de

ONLINE:

www.aurelia-stiftung.de



BODENSEE-STIFTUNG

Die Bodensee-Stiftung ist eine private Umwelt- und Naturschutzorganisation mit Sitz in Radolfzell am Bodensee. Die Stiftung setzt sich projektorientiert für mehr Nachhaltigkeit und Naturschutz in der internationalen Bodenseeregion und darüber hinaus ein. Die Handlungsfelder sind Unternehmen & Biologische Vielfalt, Landwirtschaft und Klima, Energiewende sowie Natur- und Gewässerschutz.

Gegründet wurde die Bodensee-Stiftung 1994 von sechs Umwelt- und Naturschutzverbänden aus den drei Bodensee-Anrainerstaaten gegründet: Pro Natura Schweiz, World Wide Fund for Nature Schweiz (WWF), Österreichischer Naturschutzbund (ÖNB), Naturschutzbund Deutschland (NABU), Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Deutsche Umwelthilfe (DUH)

Alle Stifterverbände sind im Präsidium der Bodensee-Stiftung repräsentiert. Als Stiftungsbeirat fungiert der Umweltrat Bodensee. Ihm gehören 20 Umweltschutzorganisationen rund um den Bodensee an. Die Bodensee-Stiftung ist seit 1998 Gründungsmitglied im weltweiten Seennetzwerk Living Lakes. Darüber hinaus ist die Bodensee-Stiftung auch Gründungsmitglied im nationalen „Netzwerk Lebendige Seen Deutschland“.



KONTAKT:

Bodensee-Stiftung
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Deutschland

TELEFON:

07732 / 999540

E-MAIL:

info@bodensee-stiftung.org

ONLINE:

www.bodensee-stiftung.org



CLIENTEARTH - ANWÄLTE DER ERDE E.V.

ClientEarth ist eine gemeinnützige Organisation, die sowohl national als auch international tätig ist, mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit mehr als 20 verschiedenen Nationalitäten. Gemeinsam geht ClientEarth die dringendsten Umweltprobleme in Gerichtsbarkeiten auf der ganzen Welt an.

Seit der Gründung vor zehn Jahren wurde wichtige juristische Arbeit geleistet, um die Umwelt in Europa und auf der ganzen Welt zu schützen.

Das Ziel ist die Durchsetzung der strengen Vorschriften, um die Gesundheit der Menschen und der Umwelt zu schützen. Die Umsetzung dieser Standards kann, falls nötig auch vor Gericht eingeklagt werden. Deutschland hat das Potenzial, an vorderster Front einer grünen Transformation in Europa zu stehen. Gleichzeitig ist das Land mit gewaltigen ökologischen Herausforderungen konfrontiert. Entscheidungsträger und -trägerinnen müssen für eine grüne Zukunft für uns und unsere Kinder eintreten. ClientEarth möchte unter anderem den deutschen Energiesektor reformieren und am Übergang zu einem kohlenstoffarmen, effizienten und wettbewerbsfähigen Energiesystem mitwirken, das für das 21. Jahrhundert geeignet ist.

Das Büro in Berlin ergänzt weitere Büros in Brüssel, London, Warschau, Madrid und Peking.



KONTAKT:

ClientEarth -
Anwälte der Erde e.V.
Albrechtstraße 22
10117 Berlin
Deutschland

TELEFON:

030 / 31193677

E-MAIL:

info@clientearth.org

ONLINE:

www.de.clientearth.org



FUTURE FOR ELEPHANTS E.V.

Elefanten sind weltweit von der Ausrottung bedroht. In den 70er Jahren lebten noch 1,3 Millionen Elefanten auf unserem Planeten, seither ist ihre Zahl auf weniger als 500.000 gesunken. Es ist das Ziel von Future for Elephants, Elefanten und ihre Lebensräume zu schützen und zu erhalten.

Die Organisation möchte mit ihrer Arbeit deutlich machen, warum die Tragödie der Elefanten auch uns hier in Deutschland und Europa betrifft. Denn in der EU kann noch immer legal mit Elfenbein gehandelt werden. Zahlreiche deutsche Trophäenjäger fahren nach Afrika, um „spaßhalber“ Elefanten abzuschießen. Auch deutsche Touristen sehen sich in asiatischen Ländern Zirkusshows oder

religiöse Prozessionen an, in denen Elefanten auftreten müssen oder beteiligen sich an tierquälerischen Attraktionen wie Elefantenreiten etc.

Future for Elephants will ein Bewusstsein schaffen für die faszinierenden Fähigkeiten und sozialen Kapazitäten der Grauen Riesen und zugleich auf ihre existenzielle Bedrohung aufmerksam machen. Hierzu werden Veranstaltungen organisiert, Petitionen aufgesetzt und über die sozialen Medien informiert. Future for Elephants führt einen Dialog mit Politikern, um Elefanten besser durch Gesetze zu schützen, und steht mit Reiseveranstaltern in Kontakt, um tierquälerische Angebote aus den Reiseprogrammen zu entfernen.

Parallel hierzu unterstützt die Organisation diverse Schutzprojekte in Afrika und Asien, die vor Ort und unter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung die Wilderei bekämpfen, Lebensräume schützen, verletzte Elefanten versorgen und Konflikte entschärfen.



KONTAKT:

Future for Elephants e.V.
Reichenbachstr. 21
80469 München
Deutschland

TELEFON:

0152 / 03594348

E-MAIL:

contact@FutureForElephants.org

ONLINE:

www.futureforelephants.org



NATUREPLUS E.V.

Der natureplus e.V. bringt die Interessen von Fachleuten aus Baustoff-Industrie, Handel, Bauplanung und Bauwirtschaft mit Umwelt- und Verbraucherschützern, Gewerkschaftern sowie kritischen Wissenschaftlern aus ganz Europa zusammen. Ziel ist die Förderung des nachhaltigen Bauens und Wohnens.

Der Verein ist so strukturiert, dass die Interessen der wichtigsten Akteure des Bausektors auf paritätisch-demokratische Weise gebündelt werden. Das führt zu Entscheidungen, die von allen Interessensgruppen mitgetragen werden.

Die Hauptaufgabe von natureplus besteht in der Information der Öffentlichkeit bezüglich Verbraucher- und Umweltschutz im Bauwesen. Der Verein definiert weiterhin die inhaltlichen Grundlagen und Kriterien des natureplus-Labels. Eine unabhängige Kriterienkommission gewährleistet die transparente, fachlich korrekte und Diskriminierungs-freie Festlegung der Anforderungen. Die betroffenen Hersteller und andere Interessensgruppen werden durch Anhörungen an der Erstellung der Vergaberichtlinien beteiligt.

Darüber hinaus mischt sich natureplus in die wissenschaftliche und politische Diskussion ein und wirbt für die Akzeptanz und Förderung nachhaltiger Baumaterialien in ganz Europa. Hierbei stützt sich natureplus auf seine aktiven Mitglieder und zahlreiche Kooperationspartner.



KONTAKT:

Internationaler Verein für
zukunftsfähiges Bauen und
Wohnen - natureplus e.V.
Hauptstr. 24
69151 Neckargemünd
Deutschland

TELEFON:

06223 / 8660170

E-MAIL:

info@natureplus.org

ONLINE:

www.natureplus.org



PROVEG DEUTSCHLAND E.V.

ProVeg e.V. ist eine international tätige Ernährungsorganisation, die sich für einen gesellschaftlichen Wandel hin zu einer nachhaltigeren, pflanzlicheren Ernährungsweise einsetzt und politisch die Interessen der vegan, vegetarisch und flexitarisch lebenden Menschen in Deutschland vertritt.

Als gemeinnütziger Verein steht ProVeg für einen zukunftsfähigen Ernährungsstil, der Menschen dazu anregt vegan, vegetarisch oder fleischreduziert zu leben. Aktivitätsfelder des Vereins sind Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit in den Themenschwerpunkten Tierschutz & Tierrecht, Ökologie & Nachhaltigkeit, Klima- und Ressourcenschutz, Welternährung & globale Gerechtigkeit sowie Gesundheit & Genuss. Zur Zielerreichung kooperiert ProVeg mit Institutionen, Verbänden und Firmen.



KONTAKT:

ProVeg Deutschland e.V.
Genthiner Straße 48
10785 Berlin
Deutschland

TELEFON:

030 / 29 02 82 530

E-MAIL:

info.de@ProVeg.com

ONLINE:

www.proveg.com/de



PROVIEH E.V.

PROVIEH ist Deutschlands erfahrenster Tierschutzverein für „Nutz“tiere. Seit 1973 setzt sich der Verein für eine artgemäße und wertschätzende Tierhaltung in der Landwirtschaft ein. PROVIEH arbeitet wissenschaftlich und sachlich. Grundlegende Motivation ist das Verständnis von „Nutz“tieren als intelligente und fühlende Wesen.

PROVIEH kämpft gegen tierquälerische Haltungsbedingungen und gegen die Behandlung von Tieren als bloße Produktionseinheiten. PROVIEH fordert, dass die Haltung an den Bedürfnissen der „Nutz“tiere ausgerichtet wird, anstatt Anpassungen am Tier vorzunehmen.

PROVIEH ist die Schnittstelle zwischen Verbrauchern, Lebensmitteleinzelhandel, Politik und Landwirten. Mit seinen Kampagnen macht der Verein auf Missstände aufmerksam und fordert maßgebliche Veränderungen auf politischer und wirtschaftlicher Ebene.

PROVIEH versteht sich als Fürsprecher aller landwirtschaftlich genutzten Tiere. Dabei kritisiert PROVIEH allerdings die agrarindustrielle Wirtschaftsweise als Ursache vieler Tierschutzprobleme. PROVIEH fördert eine bäuerliche, naturnahe und nachhaltige Landwirtschaft, aus der Überzeugung heraus, dass diese die derzeit besten Voraussetzungen für eine artgemäße Tierhaltung bietet.

PROVIEH begrüßt den Beitrag jedes Einzelnen, der den Verbrauch von tierischen Produkten vermindert. Dazu zählen ein bewusster Fleischkonsum ebenso wie die vegetarische und vegane Lebensweise.

Die Veränderungen, die PROVIEH anstrebt, verbessern nicht nur das Leben von „Nutz“tieren, sondern wirken sich auch positiv auf Mensch und Umwelt aus. Angesichts der vielfältigen negativen Auswirkungen der industriellen Massentierhaltung ist PROVIEH der Überzeugung, dass eine regionale, bäuerliche Landwirtschaft faire Arbeitsbedingungen und eine gerechtere Verteilung von natürlichen Ressourcen und Nahrungsmitteln weltweit schafft.

Die Ziele von PROVIEH sind verbesserte Haltungsbedingungen für alle „Nutz“tiere, die Überarbeitung von Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien im Bereich Tierschutz, eine Verkürzung der Tiertransportzeiten, Verbraucheraufklärung, Tierschutz im Unterricht, die Unterstützung und Beratung von Landwirten sowie die Umsetzung unserer Kampagnenziele.



KONTAKT:

PROVIEH e.V.
Küterstraße 7-9
24103 Kiel
Deutschland

TELEFON:

0431 / 2 48 280

E-MAIL:

info@provieh.de

ONLINE:

www.provieh.de



SAVE OUR SEEDS - ZUKUNFTSSTIFTUNG LANDWIRTSCHAFT IN DER GLS TREUHAND E.V.

Die „Save Our Seeds“ (SOS) Initiative wurde 2002 als Berliner Büro der Zukunftsstiftung Landwirtschaft in der GLS Treuhand e.V. ins Leben gerufen. Die Initiative ist zugleich eine europäische Kampagne zur Reinhaltung des Saatgutes von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) und zur Verteidigung gentechnikfreier Landwirtschaft, sowie Lebensmittelproduktion. Wobei Save Our Seeds das „Kompetenz-Zentrum“ der Gentechnik-kritischen zivilgesellschaftlichen Bewegungen in Europa, und Ansprechpartner für Politiker, Unternehmen, Regionalregierungen und Medien bildet.

Aus diesem Kernanliegen ergaben sich im Laufe der letzten Jahre zahlreiche weitere Aktivitäten zu den Themen Agro-Gentechnik, Saatgut, nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungssouveränität. Save Our Seeds organisiert die jährliche Konferenz der Gentechnikfreien Regionen Europas, die Herausgabe des Informationsdienst Gentechnik, die Aktion Bantam-Mais, ist aktiv in der Lobbyarbeit und bei der Vernetzung von Aktivitäten, v.a. auf EU-Ebene.

Die mittel- und langfristigen Ziele, an denen SOS arbeitet, sind unter anderem die Reinhaltung des konventionellen und biologischen Saatgutes von Verunreinigungen mit gentechnisch- veränderten Organismen, der Erhalt gentechnikfreier Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion, insbesondere für den biologischen Landbau die Förderung, Erhalt und Weiterentwicklung der Sortenvielfalt samenfester (nicht hybrider) Kulturpflanzen, ihres freien Austausches und ihrer öffentlichen Verfügbarkeit sowie der gemeinschaftlichen Entwicklung von ökologisch angepasstem Saatgut sowie eine Reform der EU-Agrarpolitik für eine ökologische, faire und bäuerliche Landwirtschaft.



KONTAKT:

Zukunftsstiftung
Landwirtschaft
Büro Berlin
Deutschland

TELEFON:

030 / 24047146

E-MAIL:

info@saveourseeds.org

ONLINE:

www.saveourseeds.org



UMWELTINSTITUT MÜNCHEN E.V.

Das Umweltinstitut ist eine Organisation zum Schutz unserer Lebensgrundlagen. Als sich im April 1986 der Super-GAU im Atomkraftwerk Tschernobyl ereignete, zog die radioaktive Wolke bis nach Deutschland. Doch statt die Bevölkerung zuverlässig über die Strahlenbelastung zu informieren, vertuschten und verharmlosten die Behörden die Gefahr.

Eine Gruppe von engagierten Bürger*innen und Wissenschaftler*innen aus dem Raum München wollte das nicht hinnehmen. Da auf die offiziellen Stellen kein Verlass war, gründeten sie das Umweltinstitut, um selbst unabhängige Messungen der radioaktiven Belastung durchführen zu können.

Aus der lokalen Initiative von damals ist mit den Jahren eine professionelle Umweltorganisation mit rund 20 Mitarbeiter*innen geworden, die sich erfolgreich in die deutsche und europäische Umweltpolitik einmischt.

Dabei sind wir unserem Gründungsgedanken stets treu geblieben: Wo Umweltgefahren unter den Teppich gekehrt oder in Kauf genommen werden, wollen wir mit unabhängigen Informationen und Kampagnen ein Gegengewicht bilden.



KONTAKT:

Umweltinstitut München e.V.
Goethestr. 20
80336 München

TELEFON:

089 / 3077490

E-MAIL:

info@umweltinstitut.org

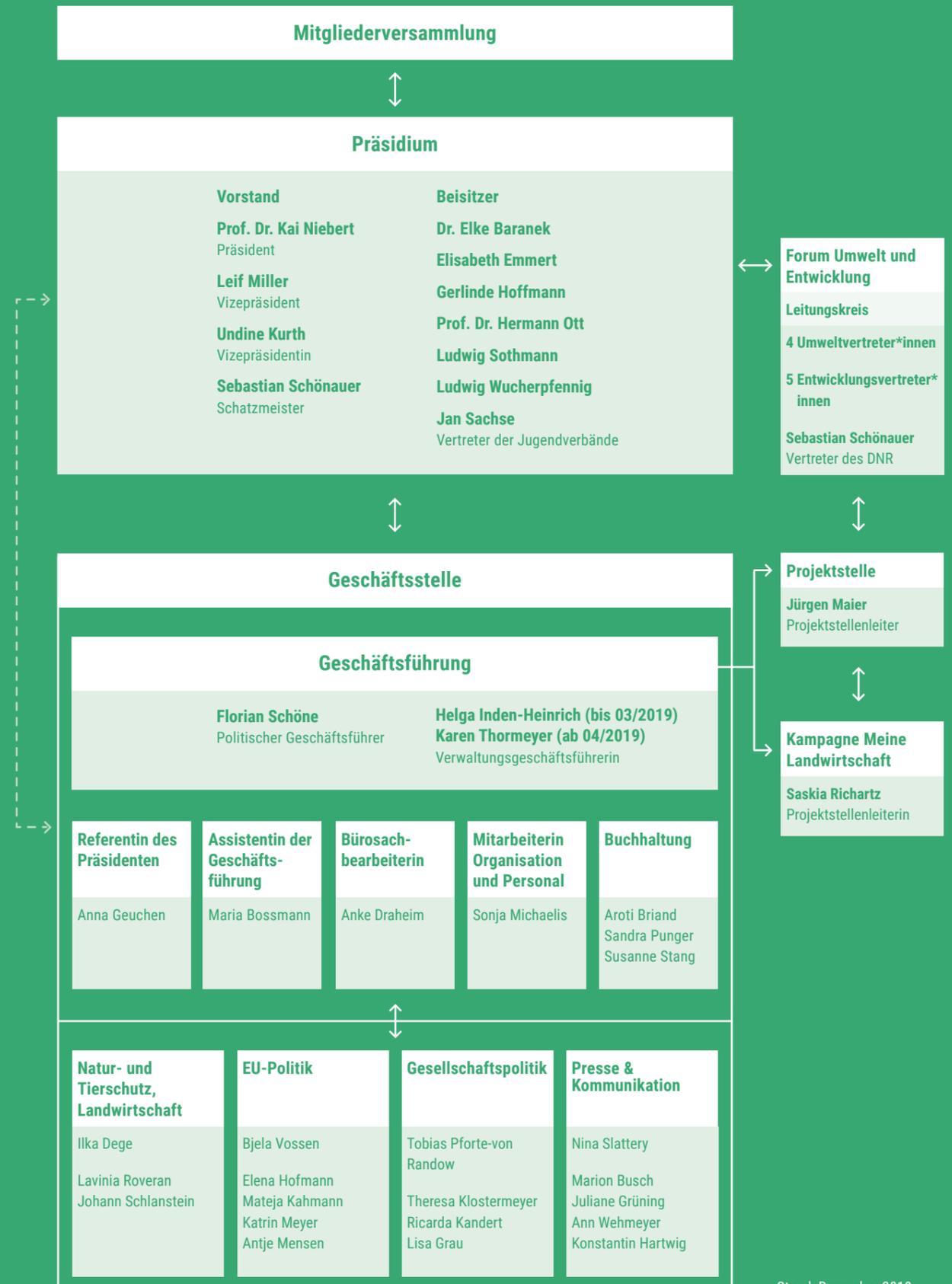
ONLINE:

www.umweltinstitut.org



FOKUS: STRUKTUREN & ZAHLEN

ORGANIGRAMM DEUTSCHER NATURSCHUTZRING



„Zahlen nehmen jede Ungenauigkeit sehr genau.“

– T. Borg

FINANZIERUNG DER DNR-PROJEKTE

Zuwendungsgeber	Projekt	Einnahmen in €	Ausgaben in €
BfN	Naturschutzoffensive NatOff	10.285,00	26.281,19
Zwischensumme		10.285,00	26.281,19
Zuwendungsgeber	Zuwendung Dritter	Einnahmen in €	Ausgaben in €
DBU	Regionalentwicklung Oder	21.467,99	4.733,86
DBU	Digitalisierungskonferenz »Bits & Bäume«	33.500,00	33.643,90
ECF	Klima- und Europapolitik	22.500,00	24.925,94
ECF	Klimakabinett	40.000,00	14.810,43
BUND e. V.	Analyse Ressourcenpolitik	18.022,55	14.691,46
ECF	Europa-Wahl	5.576,16	5.576,16
Zwischensumme		141.066,70	98.381,75
Gesamtsumme		151.351,70	124.662,94

EINNAHMEN

Institutioneller Haushalt	Einnahmen in €
Veröffentlichungen	0,00
Vermischte Einnahmen	29.979,65
Zweckfreie Spenden	160,00
Zweckgebundene Spenden	2.570,00
Übertrag aus Einnahmen zweckgebundener Spenden	-9.000,00
Zuwendung des BMU	1.435.471,92
Erstattungen aus Verwaltungsausgaben	62.299,18

AUSGABEN

Institutioneller Haushalt	Ausgaben in €
Ehrenamt	6.000,00
Personal	1.081.384,41
Verwaltungs- und Geschäftsbedarf	68.403,84
Mieten und Pachten	149.561,96
Aus- und Weiterbildung	15.003,63
Reisekosten	49.725,81
Aufträge an Dritte	121.330,88

EINNAHMEN

Institutioneller Haushalt	Einnahmen in €
Bestand 2018	140.828,08
Mitgliedsbeiträge	179.050,00
Geldbußen	0,00
Summe	1.850.358,83
Projekte	Einnahmen in €
Zuwendung des Bundes	10.285,00
Zuwendung Dritter	141.066,70
Summe	151.351,70
Forum Umwelt & Entwicklung	Einnahmen in €
Veröffentlichungen	285,00
Zuwendungen des BMU	331.700,00
Mitgliedsbeiträge	45.302,00
Zuwendung des Bundes für Projekte	155.738,62
Zuwendung Dritter	883.940,88
Summe	1.416.966,50

AUSGABEN

Institutioneller Haushalt	Ausgaben in €
Veranstaltungen	82.546,55
Beiträge Vereine, Gesellschaften	3.580,00
Beiträge internationale Organisationen	5.380,10
Vermischte Verwaltungsausgaben	7.532,70
Außergewöhnlicher Aufwand	5.434,68
Veröffentlichungen	196.705,32
Summe	1.792.589,88
Projekte	Ausgaben in €
Projekte des Bundes	26.281,19
Projekte Dritter	98.381,75
Summe	124.662,94
Forum Umwelt & Entwicklung	Ausgaben in €
Personal	293.976,05
Verwaltungs- und Geschäftsbedarf	14.896,65
Mieten und Pachten	17.721,51
Reisekosten	10.367,55
Veranstaltungen	14.190,53
Veröffentlichungen	24.735,38
Vermischte Verwaltungsausgaben	1.315,81
Projekte des Bundes	162.514,99
Projekte Dritter	858.874,24
Summe	1.398.592,71

MITGLIEDSCHAFTEN UND GREMIEN:

DNR-MITGLIEDSCHAFTEN

DNR-MITGLIEDSCHAFTEN	ANSPRECHPARTNER*IN
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)	Elke Baranek (DNR)
Climate Action Network (CAN)	Bjela Vossen (DNR)
Europäische Bewegung Deutschland (EBD)	Bjela Vossen (DNR)
Europäische Vereinigung für Normung der Umweltverbände (ECOS)	Florian Schöne (DNR) Margita Dihlmann (bfub)
Europäisches Umweltbüro (EEB), Brüssel	Bjela Vossen (DNR)
Verein Grüner Strom Label e.v.	Florian Schöne (DNR)
Focal Point International Union for Conservation of Nature (IUCN) Deutschland	Florian Schöne (DNR) Lavinia Roveran (DNR)

Stand: Dezember 2019

VERTRETER*INNEN DES DNR IN VERSCHIEDENEN GREMIEN

MITARBEIT DES DNR IN GREMIEN	DELEGIERT
Beirat des Nationalparks Berchtesgadener Land	Rita Poser (örtl. BUND-Kreisgruppenvorsitzende)
Beirat der Bundesstelle für Energieeffizienz (BfEE)	Dr. Werner Neumann (BUND)
Europäisches Umweltbüro (EEB), deutsches Präsidiumsmitglied und Vizepräsidentin	Bjela Vossen (DNR)
Fachbeirat NNE-Bundeslösung bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) seit Oktober 2018 Naturerbe-Rat bei der BImA	Adrian Johst (Naturstiftung David) Christian Unselt (NABU)
Bündnis für Gemeinnützigkeit	Karen Thormeyer (DNR) Helga-Inden Heinrich (DNR)

Deutscher Naturschutztag (DNT)	Karen Thormeyer (DNR) Undine Kurth (DNR) Jan Sachse (DNR) Helga-Inden Heinrich (DNR)
Fachbeirat Eco-Management and Audit Scheme (EMAS) bei der KPMG Cert GmbH	Florian Schöne (DNR)
Interreg B Bund Deutscher Ausschuss Alpenregion Deutscher Ausschuss Donau	Elisabeth Emmert (DNR) Hanspeter Mair (DAV) Sebastian Schönauer (BUND)
Jury Bundeswettbewerb Ökologischer Landbau	Florian Schöne (DNR)
Jury UN-Dekade Biologische Vielfalt in Deutschland	Karen Thormeyer (DNR)
Kommission für Anlagensicherheit (KAS)	Dr. Ursula Fischbach (BUND) Claudia Baitinger (BUND) Oliver Kalusch (BBU)
Koordinierungsbüro Normungsarbeit der Umweltverbände (KNU)	Margita Dihlmann (bfub)
Kuratorium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU)	Undine Kurth (DNR)
Leitungskreis Projektstelle Forum Umwelt und Entwicklung (FUE)	Sebastian Schönauer (DNR)
DIN-Normenausschuss Grundlagen des Umweltschutzes (NAGUS)	Dr. Ludwig Glatzner (BUND)
DIN-Normenausschuss Bauwesen (NABau) NABau NA 005-01-31 AA Nachhaltiges Bauen CEN TC 350 (Mitarbeit im TC, TF (RD), WG3 CEN/TC 350/JWG DIN-KU-Fachbeirat NAGUS NA 172-00-03 AA Ökobilanzen u. umweltbezogene Kennzeichnung ISO/ TC 207/SC 3 , 26/30.1., Berlin	Holger König Dr. Eva Schmincke
Umweltgutachterausschuss (UGA)	Mitglieder: Dr. Joachim Nibbe (NaturFreunde Deutschlands) Marion Hasper (BUND) Prof. Dr. Jens Pape (NABU)

Umweltgutachterausschuss (UGA) Stellvertreter: Marion Hammerl
(Bodensee-Stiftung – Internationale
Stiftung für Natur und Kultur)
Dr. Ludwig Glatzner (BUND)
Wolfgang Guhle (NaturFreunde
Deutschlands)

Beirat „Umwelt und Sport“ beim BMU	Ludwig Wucherpfennig (DNR)
Beirat der Stiftung Naturschutzgeschichte	Undine Kurth (DNR)
Arbeitskreis „Religionen und Naturschutz“	Helga Inden-Heinrich (DNR)
Beirat interkulturelles Bündnis für Nachhaltigkeit	Karen Thormeyer (DNR) Helga Inden-Heinrich (DNR)
Zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende	Karen Thormeyer (DNR) Helga-Inden Heinrich (DNR)
Fachagentur Windenergie an Land	Ludwig Sothmann (DNR)
Beirat Alnatura-Initiative „Gemeinsam Boden gut machen“	Ludwig Sothmann (DNR)
Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR)	Elisabeth Emmert (DNR)
Beirat Kompetenzzentrum Naturschutz und Energie- wende (KNE)	Undine Kurth (DNR)
Grüner Kreis/Jugendforum	Jan Sachse (DNR)
Bundesplattform Wald – Sport, Erholung, Gesundheit (WaSEG)	Ludwig Wucherpfennig (DNR)
Steuerungsgruppe Deutscher Engagementpreis	Karen Thormeyer (DNR) Helga-Inden Heinrich (DNR)
Nationales Begleitgremium (NBG)	Kai Niebert (DNR)
Europäischer Sozialfonds	Kai Niebert (DNR)

IMPRESSUM

DEUTSCHER NATURSCHUTZRING – JAHRESBERICHT 2019



HERAUSGEBER

Deutscher Naturschutzring (DNR)
Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen e.V.

ADRESSE

Marienstraße 19-20
10117 Berlin

TELEFON

+49 (0)30 / 678 1775-70

E-MAIL

info@dnr.de

ONLINE

www.dnr.de



REDAKTION UND BEARBEITUNG

Florian Schöne

Karen Thormeyer

Kai Niebert

Maria Bossmann

Aroti Briand

Ramona Bruck

Anna Geuchen

Konstantin Hartwig

Theresa Klostermeyer

Christian Rollmann

Tobias Pforte-von Randow

Ilka Dege

Bjela Vossen

Lavinia Roveran

Thorsten Greb

Ann Wehmeyer

Juliane Grüning

GESTALTUNG

Karo3, Kommunikationsagentur
für Design und Programmierung

FÖRDERHINWEIS

Gefördert durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundes-
ministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU).



GRÜNDUNG

1950

MITGLIEDER

96

REICHWEITE

11 Millionen Menschen

GEMEINSAMES ZIEL

Natur- und Lebensräume schützen, Schönheit der Landschaft und Ressourcen unseres Planeten bewahren.



Schwerpunkt 01

UNSER NATURVERSTÄNDNIS

Für den DNR ist Natur sowohl physische Lebensgrundlage als auch entscheidend für ein sinnerfülltes Leben des Menschen. Erst die unmittelbare Erlebbarkeit von Natur und Landschaften bietet einen emotionalen Zugang zu ihr. Neben der Erhaltung der biologischen Vielfalt muss daher der Schutz der Landschaften wieder ins Zentrum des Naturschutzes gerückt werden.



Schwerpunkt 02

NACHHALTIGKEIT

Damit die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten werden können und die heutige Gesellschaft nicht auf Kosten zukünftiger Generationen lebt, sind Entscheidungen auf allen politischen Ebenen auf der Grundlage von Nachhaltigkeitsanforderungen, die sich an den Zielen der Biodiversitätserhaltung orientieren, zu treffen. Hierfür müssen für die jeweiligen Bereiche anspruchsvolle Standards als Orientierung für verantwortungsbewusstes Handeln entwickelt werden. Der DNR gestaltet mit seinen Mitgliedsorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren diesen Prozess mit.



Schwerpunkt 03

GESELLSCHAFTLICHER UMBAU

Das heutige Finanz- und Wirtschaftssystem stößt an seine Grenzen. Notwendig ist die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, verbunden mit weniger Konsum in den Industriegesellschaften, einer entsprechenden Regulierung der Finanzmärkte sowie einer ökologischen Finanzreform. Darüber hinaus setzt sich der DNR für die Einführung eines nationalen eines Wohlfahrtsindex als eines bewertenden Maßstabs als bewertender Maßstab für gesellschaftliche und politische Entscheidungen zur Ergänzung des Bruttoinlandsprodukts ein. Er strebt eine Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen im Sinne eines an unseren Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Wettbewerbsrechts an.

DNR-MITGLIEDER 2019



Stand: Dezember 2019

